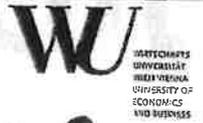


Goldammer's Archiv für Strafrecht

ISSN 0017-1956

Begründet 1853

Herausgegeben von
Jürgen Wolter, Wilfried Küper, Michael Hettinger, Ralf



D3-Z273

6/2018

165. Jahrgang
Seiten 297–352

GA



Aus dem Inhalt

- **Völkerstrafrecht aus deutscher Sicht**
Zu Kai Ambos' „Treatise on International Criminal Law“
Thomas Weigend
- **Daten- oder Informationshehlerei?**
Tobias Reinbacher
- **Unterlassene Hilfeleistung durch Behindern von
Rettungsmaßnahmen**
Alexander Koch

122647
Manzsche Verlags- und
Universitätsbuchhandlung GmbH
Gutheil-Schoder-Gasse 17/C
1230 WIEN
OSTERREICH

HJH-Aboservice, Hiltschiner Str. 8, 81677 München
Sendung zu erm. Entgelt, Heft 06/18, VZ:3312
25280000 KdNr.: A1731645 Quantity: 1

www.goldammers-archiv.de



C.F. Müller

CFM

Goldammer's Archiv für Strafrecht (GA)

Heft 6, 165. Jahrgang, 2018, Seiten 297–352

Inhalt

Abhandlungen

Völkerstrafrecht aus deutscher Sicht

Zu Kai Ambos' „Treatise on International Criminal Law“

Von Professor Dr. Thomas Weigend, Köln 297

Daten- oder Informationshehlerei?

Von Professor Dr. Tobias Reinbacher, Würzburg 311

Unterlassene Hilfeleistung durch Behindern von Rettungsmaßnahmen

Nichts tun ist bisweilen besser als Aktionismus – auch auf der Ebene der Gesetzgebung

Von Dr. Alexander Koch, Bonn 323

Schrifttum

Matthias Wachter, **Das Unrecht der versuchten Tat**, 2015

(Professor Dr. Rainer Zaczyk, Bonn) 340

Rainer Zaczyk, **Selbstsein und Recht**. Eine rechtsphilosophische Untersuchung, 2014

(Professor Dr. Joachim Renzikowski, Halle) 344

Anette Grünewald, **Reform der Tötungsdelikte**. Plädoyer für ein Privilegierungskonzept, 2016

(Professor Dr. Wolfgang Mitsch, Potsdam) 347

Anne Franziska Streng-Baunemann, **Strafrechtliche Grenzen der Rationierung medizinischer Leistungen**. Zugleich ein Beitrag zum „Dogma vom Höchstwert des menschlichen Lebens“ und zum „Grundsatz vom Vorrang von Personenwerten vor Sachinteressen“, 2016

(Professor Dr. Gunnar Duttge, Göttingen) 350



UNIVERSITÄT
WÜRZBURG
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

3

18

ng
-352

EuZA Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht

EJLL European Journal of



3/2018

DB-Z 260



Abbo Junker:

In memoriam Robert Rebhahn (27.2.1954 – 30.1.2018) 281

Christian Rolfs:

Die betriebliche Altersversorgung im Recht der Europäischen Union 283

Abbo Junker:

Kooperation oder Konfrontation der obersten Instanzen in Deutschland und Europa – Dargestellt am Beispiel des Streikrechts und der Kirchenautonomie 304

Rolf Wank:

Der Arbeitnehmerbegriff in der Europäischen Union 327

Markus Sprenger:

Zulässigkeit des befristeten Hinausschiebens des altersbedingten Ausscheidens von Arbeitnehmern (Rechtssache John) 346

Alexander Tischbirek:

Offene Antworten auf offene Fragen – Zur mittelbaren Diskriminierung aufgrund einer Behinderung im Antidiskriminierungsrecht der Europäischen Union 357

Lena Rudkowski:

Unbegrenzte Ansammlung des vom Arbeitnehmer nicht in Anspruch genommenen Urlaubs bei verweigerter Urlaubsvergütung 366

Roman Lehner:

Kleiner als die Polizei erlaubt? Warum der Normgeber (manchmal) nicht nicht diskriminieren kann 377

Buchbesprechung

398

Herausgegeben von
Martin Franzen
Felix Hartmann
Abbo Junker
Sebastian Krebber
Robert Rebhahn
Volker Rieble
Monika Schlachter

Verlag C.H. BECK



M750201803

Inhaltsverzeichnis



Nachruf

Abbo Junker: In memoriam Robert Rebhahn (27.2. 1954 – 30.1. 2018).....281

Aufsatz

Christian Rolfs: Die betriebliche Altersversorgung im Recht der Europäischen Union283

Tübinger Arbeitsrechtstag 2018

Abbo Junker: Kooperation oder Konfrontation der obersten Instanzen in Deutschland und Europa – Dargestellt am Beispiel des Streikrechts und der Kirchenautonomie304

Rolf Wank: Der Arbeitnehmerbegriff in der Europäischen Union – Praktische Konsequenzen327

Urteilsanmerkungen

Europäischer Gerichtshof

Markus Sprenger: Zulässigkeit des befristeten Hinausschiebens des altersbedingten Ausscheidens von Arbeitnehmern – Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 28.2. 2018 (Rechtssache John)346

Alexander Tischbirek: Offene Antworten auf offene Fragen – Zur mittelbaren Diskriminierung aufgrund einer Behinderung im Antidiskriminierungsrecht der Europäischen Union – Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 18.1. 2018 (Rechtssache Ruiz Conejero)357

Lena Rudkowski: Unbegrenzte Ansammlung des vom Arbeitnehmer nicht in Anspruch genommenen Urlaubs bei verweigerter Urlaubsvergütung – Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 29.11. 2017 (Rechtssache King)366

Roman Lehner: Kleiner als die Polizei erlaubt? Warum der Normgeber (manchmal) nicht nicht diskriminieren kann – Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 18.10. 2017 (Rechtssache Kalliri)377

IV

Nationale Gerichte – Im Fokus

Großbritannien: Verdienstausschlag wegen Stigmatisierung (<i>Sabrina Link</i>) – Arbeitsausbeutung – Zulässigkeit von Gerichtsgebühren (<i>Jonathan Oteng</i>) – Frankreich: Gleichbehandlung nach Betriebsübergang – Teilzeit (<i>Miriam Engler</i>) – Italien: Befristung eines Leiharbeitsvertrags (<i>Sophia Aiello</i>) – Spanien: Diebstahl in einer anderen Filiale des Arbeitgebers – Betriebsübergang bei Insourcing – Höhe der Abfindung bei Kettenbefristung (<i>Uta Wenzel</i>) – Portugal: Beweiswertbarkeit von Videoaufnahmen (<i>Catarina Silva Ruther</i>)	388
---	-----

Buchbesprechung

Kurt Pärli/Tobias Baumgartner/Eylem Demir/Cornelia Junghans/Sara Licci/ Wesselina Uebe: Arbeitsrecht im internationalen Kontext – völkerrechtli- che und europarechtliche Einflüsse auf das schweizerische Arbeitsrecht (<i>Johannes Heuschmid</i>)	398
--	-----

D3-7249

SOZIALE SICHERHEIT

FACHZEITSCHRIFT DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNG



Flugrettung in Österreich
Aktuelle Übersicht über das System

Rettungsdienst – ein Türöffner im österreichischen Gesundheitswesen
Ein Spezialist für präklinische Notfallmedizin oder ein allgemeines 24-Stunden-Auffangnetz?

Parallelgesetzgebung
Diskussion um ihre Abschaffung

Gesundheitskompetenz
Wie Ärzte die Gesundheitskompetenz von Patienten sehen



FACHZEITSCHRIFT DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNG

Liebe Leserinnen und Leser!

Die *Soziale Sicherheit* präsentiert Ihnen in dieser Juni-Ausgabe als Schwerpunkt die Darstellung und Erläuterung des zum Teil – was die Finanzierung betrifft – durchaus diffizil ausgestalteten Verhältnisses zwischen der österr. Sozialversicherung und dem Rettungswesen sowie im Besonderen der Flugrettung in Österreich. Eingangs wird in diesem Zusammenhang von einer Pressekonferenz im



Frühjahr d. J. berichtet, die in der Salzburger GKK stattfand und wichtige Akteure in diesem Feld zusammenführte, um eine Vereinbarung zur Vereinfachung der Abrechnungen zu unterzeichnen.

Über die Fortsetzung der Aktion „Bewegt im Park“ wird ebenso berichtet, wobei in acht Bundesländern wieder zahlreiche Bewegungsangebote zur Verfügung stehen. Vizekanzler und Sportminister K.-H. Strache sowie der César

Sampson unterstützten durch aktive Teilnahme die Auftaktveranstaltung.

Mag. Harald Herzog und Daniel Hubmayr (beide NÖGKK) geben eine ausführliche Übersicht zum System der Flugrettung in Österreich. Die Kosten dieser Flugrettung machen rund vier Prozent des gesamten Rettungswesens und ca. 0,06 Prozent des gesamten Gesundheitswesens aus. Die Zuständigkeit für die Flugrettung liegt primär bei den Ländern – bis zum Jahr 2011 waren Bund und Länder gemeinsam zuständig – und die Sozialversicherung ersetzt einen Teil der Kosten für den Transport. Aktuell wird das Bundesgebiet durch fast vierzig Notarztthubschrauber von sieben Betreibern versorgt.

Prof. Dr. Christoph Redelsteiner (FH St. Pölten) reflektiert in seinem Fachbeitrag den Gegenwartszustand des Rettungswesens, wobei er als Praktiker in diesem Bereich ganz besonders darauf hin orientiert ist, wirkliche Akutfälle wieder in den Vordergrund zu stellen und mit Hilfe eines *Gatekeepings* im präklinischen Bereich diese von einem 24-Stunden-Auffangnetz herauszulösen. Es zeigte sich empirisch eine Vielzahl von variantenreichen Einsätzen, die bei weitem nicht allesamt einem Rettungseinsatz im herkömmlichen Sinne zuzuordnen sind, sondern auch Aspekte eines Sozialdienstes aufweisen.

Abschließend steuert der ehemalige Vizepräsident des Hauptverbandes, Dr. Manfred Gründler, einen interessanten Beitrag zur Diskussion über die Parallelgesetzgebung bei und Mag. Richard Birgmann (Institut für Gesundheitsplanung, Linz) erläutert eine Umfrage unter Ärzten zum Thema „Gesundheitskompetenz“.

Dr. Wilhelm Donner

Impressum

Soziale Sicherheit, 71. Jahrgang • Fachzeitschrift für die Sozialversicherung, hrsg. gem. § 31 Abs. 3 Z. 7 ASVG • ISSN 0038-8065 • Medieninhaber und Verleger: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger • Redaktion: Mag. Bernhard Wurzer, 1030 Wien, Haidlingergasse 1, E-Mail: presse@sozialversicherung.at, Tel.: (01) 71 1 32-11 20 D.w. • Fotos: Cover: Nik Frey - Fotolia.com, Innen: Archiv „Soziale Sicherheit“, istockphoto.com, Fotolia.com • Cover-Layout & Innenentwurf: Manfred Fürst (www.manfredfuerst.at) Layout und Produktion: Atelier Indra Heim, 1020 Wien (Büro) • Hersteller: Gutenberg-Werbering GmbH, Anastasius-Grün Straße 6, 4020 Linz • Abonnementpreis € 28,00 jährlich inkl. 10 % MwSt. und Inlandsporto; Ausland: zuzüglich Porto • Für namentlich gezeichnete Artikel trägt der Autor die Verantwortung, sie müssen nicht mit der Meinung des Hauptverbandes übereinstimmen. • Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verleges oder Autors ausgeschlossen ist. Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt der Autor

Nr. 6, herausgegeben im Juni 2018



Aktuell

- 230 Bewegt im Park – kostenlose Fitnesskurse von Juni bis September 2018 für jede Altersgruppe
- 231 Pressekonferenz zur Flugrettung in Salzburg

Fachbeiträge

- 233 Flugrettung in Österreich
Aktuelle Übersicht über das System
Mag. Harald Herzog, Daniel Hubmayr
- 245 Rettungsdienst – ein Türöffner im österreichischen Gesundheitswesen
Der Rettungsdienst – ein Spezialist für präklinische Notfallmedizin oder ein allgemeines 24-Stunden-Auffangnetz?
FH-Prof. Dr. PhDr. Christoph Redelsteiner

Information

- 255 Abschaffung der Parallelgeseztgebung – ein wichtiges Anliegen?
Dr. Manfred Gründler
- 257 Wie Ärzte die Gesundheitskompetenz von Patienten sehen
Mag. Richard Birgmann MPH

SV Europa

- 259 News 2/2018

Health System Watch II/2018

- 265 Über-, Unter- und Fehlversorgung im Gesundheitswesen – Nutzung der MRT in Österreich
Dr. Thomas Czypionka, Mag. Michael Berger

- 281 Public Health-School an der Med. Univ. Graz

Soweit in diesem Heft personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei der Bezeichnung bestimmter Personen oder Personengruppen wird die jeweils geschlechtsspezifische Form verwendet.

dem Verlag für den Fall der Annahme des übertragbare, zeitlich und örtlich unbeschränkte ausschließliche Werknutzungsrecht (§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift ein, einschließlich des Rechtes der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren (Druck, Mikrofilm und so weiter) und der Verbreitung (Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, des Rechtes der Vervielfältigung auf Datenträgern jeder Art, der Speicherung in und der Ausgabe durch Datenbanken, der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der Sendung (§ 17 UrhG), der sonstigen öffentlichen Wiedergabe (§ 18 UrhG) sowie der öffentlichen Zurverfügungstellung, insbesondere über das Internet (§ 18a UrhG). Gemäß § 36 Abs. 2 UrhG erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechtes mit Ablauf des dem Erscheinen des Beitrages folgenden Kalenderjahres; dies gilt für die Verwertung durch Datenbanken nicht.

Soziale Sicherheit

ZEITSCHRIFT FÜR ARBEIT UND SOZIALES

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-7248

67. JAHRGANG
ISSN 0490-1630
D 6364

6 | 2018



Bürgerversicherung Gesundheit

Ziele, Modelle und Mythen

GRUNDSICHERUNG *Was eine Teilanrechnung von Renten bringt*
PFLEGE *Millionen für den Entlastungsbetrag könnten verfallen*
KRANKEN- UND ALTENPFLEGE *Halbherziges Sofortprogramm*

INKLUSIVE
RECHTSPRECHUNG

SoSi plus


BUND
VERLAG

Titelthema

Gesundheit



**Bürgerversicherung Gesundheit
Ziele, Modelle und Mythen**

- 221 HANS NAKIELSKI
Längst nicht erledigt:
Die »Bürgerversicherung Gesundheit«
- 221 KNUT LAMBERTIN/ROBERT SPILLER
Reform der GKV und Abschaffung der PKV?
**Projekt Bürgerversicherung Gesundheit:
Stand und Perspektiven**
- 231 HARTMUT REINERS
Bürgerversicherung: Mythen und Fakten
- 236 **»Die propagierte Einheitskasse ist
ein politischer Kampfbegriff«**
Gesundheitsökonom Prof. Stefan Greß
zur Kritik an der Bürgerversicherung



Die Einführung eines einheitlichen Krankenversicherungssystems für alle Einwohner – auch Bürgerversicherung genannt – war 2017 ein zentrales Wahlkampfthema. Doch im Koalitionsvertrag zwischen SPD und der Union ist von einer Bürgerversicherung nichts zu lesen. Damit ist das Thema aber nicht erledigt. Spätestens wenn der wirtschaftliche Druck steigt, wird die Debatte um die Bürgerversicherung wieder Fahrt aufnehmen. Hier werden historische Hintergründe, Ziele, Modelle, Perspektiven und Herausforderungen einer Bürgerversicherung erläutert. Außerdem geht es um Mythen und Kritikpunkte rund um das Konzept der Bürgerversicherung Gesundheit.

Position 216 SYLVIA BÜHLER
Halbherziges Sofortprogramm für die Kranken- und Altenpflege

Magazin 217 Sozialpolitische Beschlüsse des DGB-Bundeskongresses:
Lebensrisiken im »Sozialstaat 4.0« wirksamer schützen
218 **Personalia**
219 **Aus der Gesetzgebung**
220 **Termine**

**Alterssicherung
Soziales** 238 REINHARD SCHÜSSLER/GWENDOLYN HUSCHIK/STEFAN MOOG
Die finanzielle Situation armer Rentner verbessern:
Teilanrechnung von Renteneinkommen bei der Grundsicherung (Teil 1)
Anrechnungsverfahren, Wirkungen, Begünstigte, Mehrkosten

247 Beschäftigtenbefragung:
Mehr als 80 Prozent glauben, dass ihre gesetzliche Rente kaum reichen wird

Pflege 248 ROLF WINKEL/HANS NAKIELSKI
Pflegeversicherung:
Millionen für den Entlastungsbetrag drohen zu verfallen

250 **Impressum**

Wie kann die Situation der wachsenden Zahl armer Menschen, die auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angewiesen sind, verbessert werden? Ein Weg: Nur Teile ihrer Renten werden auf die Grundsicherung angerechnet. Der nicht angerechnete Teil steht ihnen dann über ihren »Bedarf« hinaus zu Verfügung. Was das bringen würde, wird hier für verschiedene Anrechnungsverfahren berechnet.

Über zwei Millionen zu Hause lebende Pflegebedürftige können jeden Monat 125 Euro für Betreuungs- und Entlastungsleistungen nutzen – die meisten tun es aber nicht. Millionen drohen so zu verfallen. Noch können Rest-Ansprüche aus den Vorjahren geltend gemacht werden.



Sozialgerichtsverfahren

Folgen der Kontaktverweigerung gegenüber der BA

BVerfG, Nichtannahmebeschluss vom 14. 3. 2017 – 1 BvR 300/18

Wer einen von der Bundesagentur für Arbeit (BA) angesetzten Meldetermin nicht wahrnehmen kann, ist gehalten, das der BA mitzuteilen. Wer stattdessen sofort einstweiligen Rechtsschutz beantragt, trägt möglicherweise die dadurch entstandenen Anwaltskosten selbst.

Wenn sich ein sozialgerichtliches Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Anordnung (§ 86b Sozialgerichtsgesetz (SGG)) dadurch erledigt, dass die Behörde dem Begehren des Antragstellers entspricht oder auch nur die aufschiebende Wirkung eines Widerspruchs akzeptiert, muss das Sozialgericht (SG) nur noch über die Kosten entscheiden. Wegen der Kostenfreiheit des sozialgerichtlichen Verfahrens hat das Bedeutung nur für die Anwaltskosten, die dem – im Ergebnis erfolgreichen – Antragsteller entstanden sind. Die Kostenentscheidung ergeht nach gerichtlichem Ermessen (§ 193 Abs. 1 SGG), wobei maßgeblich ist, ob der Antrag von der Behörde veranlasst worden ist und voraussichtlich Erfolg gehabt hätte.

Fehlende Notwendigkeit

Berücksichtigen darf das Gericht aber auch, ob der Antrag an das SG notwendig gewesen ist, um das angestrebte Ziel zu erreichen. War das nicht der Fall, hat das Rechtsschutzbedürfnis gefehlt – mit der Folge, dass der Antrag unzulässig war. Die Kosten unzulässiger Anträge nach § 86b Abs. 1 SGG trägt der Antragsteller immer selbst. In einem solchen Fall hatte das SG Köln einem Antragsteller keine Kostenerstattung durch die BA zugesprochen, und das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat diese Entscheidung nur sechs Wochen später durch Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde bestätigt. Dieses Tempo

und der Umstand, dass die Entscheidung über eine Pressemitteilung des Gerichts breit bekannt gemacht worden ist, weisen darauf hin, dass das höchste deutsche Gericht ein klares Signal setzen wollte.

Der Fall zeigt, welchen Inhalt dieses Signal hat: Der Beschwerdeführer hatte sich arbeitssuchend gemeldet. Die BA hatte ihn auf der Grundlage des § 309 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) zu einem Gespräch über seine beruflichen Perspektiven einbestellt. Den Termin konnte der Beschwerdeführer, der noch in einem Arbeitsverhältnis stand, aus beruflichen Gründen nicht wahrnehmen. Ohne Kontakt mit der BA im Hinblick auf eine Verlegung des Termins aufzunehmen, legte der Beschwerdeführer Widerspruch gegen die Meldeaufforderung ein und beantragte über seinen

Anwalt am gleichen Tag beim SG Köln, die aufschiebende Wirkung seines Widerspruchs wiederherzustellen; nach der Regelung des § 336a Satz 1 Nr. 3 SGB III hat der Widerspruch gegen eine Meldeaufforderung grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung und rechtfertigt deshalb nicht, die Vorladung einfach zu ignorieren. Unmittelbar nach Eingang des Widerspruchs verlegte die BA den festgesetzten Termin. Der Beschwerdeführer erklärte daraufhin das Eilverfahren für erledigt und beantragte, die BA zu verpflichten, seine Anwaltskosten zu erstatten. Das lehnte das SG ab, ohne damit das Willkürverbot

Inhalt

- 1 Sozialgerichtsverfahren
BVerfG: Folgen der Kontaktverweigerung gegenüber der BA
- 2 Rentenversicherung
BSG: Familienleistungsausgleich in der Rentenversicherung
- 3 Personalübergang in Optionskommune
BVerfG: Unzulässige Richtervorlage vom Bundesarbeitsgericht
- 4 Unfallversicherung
BSG: Zwei kranke Kniegelenke, eine Berufskrankheit
- 5 Unfallversicherung
BSG: Arbeitsunfall des Versicherten
Voraussetzung für den Erstattungsanspruch der Krankenkasse
- 6 Versorgungsausgleich
BSG: Kollision zwischen Familien- und Sozialversicherungsrecht
- 7 Sozialhilfe/Bildung
LSG Baden-Württemberg: Anspruch eines schwerbehinderten Schulkindes auf Laptop
- 8 Krankenversicherung
LSG Baden-Württemberg: Kein Anspruch auf Kostenübernahme für Penisverlängerung
- 8 Impressum

des Art. 3 Abs. 1 GG zu verletzen, wie die Verfassungsrichter entschieden haben.

Formloser Klärungsversuch erforderlich

Das SG durfte sich von der Erwägung leiten lassen, dass der Beschwerdeführer durch eine Kontaktaufnahme mit der BA formlos hätte klären können, ob bei der Agentur übersehen worden war, dass er vormittags wegen seiner noch bestehenden beruflichen Verpflichtung generell nicht erscheinen konnte, und zu welcher Zeit eine Besprechung stattfinden könnte. Es fehlen Anhaltspunkte dafür, dass eine solche Kontaktaufnahme von vornherein nutzlos gewesen wäre.

VBI

13/2018 Bayerische Verwaltungsblätter

■ Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

Schriftleiter Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg, Am Sonnenhang 1, 97204 Höchberg, Tel. (09 31) 4 52 06 49, Fax (09 31) 4 52 09 21; E-Mail: bayvbl@boorberg.de



Inhalt

Abhandlungen

Schieren, Haushaltssperre in der haushaltslosen Zeit? — **433**
Groh, „Mit Ihren Gedanken werden Sie in Bayern schön auflaufen“. Der Preuße Hugo Preuß, die Weimarer Reichsverfassung und die Bayern — **436**

Ausbildung und Prüfung

Aufgabe 5 der Ersten Juristischen Staatsprüfung 2015/2 (*Peterle*) — **466**

Literatur

Baßlsperger/Labenski, Beamtenrecht (Hilg) — **468**
Zhou, Deutsch-Chinesisches Rechtswörterbuch (Hablitzel) — **468**

Notizen

U. a. Nachrichten, Rechtsprechung, Veranstaltungen, Vorschau, Impressum — **II, III, IV**

Rechtsprechung

BayVerfGH	E.v. 19.02.2018	Vf. 5-VII-17	Vereinigungen der Jäger; Mitwirkungsberechtigung; Mehrheitserfordernis; Grundsätze der Weidgerechtigkeit; Rechtsstaatsprinzip; gesetzliche Ermächtigung; Gleichheitssatz — 444
BayVGH	U.v. 01.02.2018	20 BV 15.1025	Erstattungsbescheid als (nur) begünstigender Verwaltungsakt; nichtiges Satzungsrecht; Niederschlagswasserbeseitigung; Nachschieben einer Beitragssatzung — 447
	B.v. 18.09.2017	4 ZB 17.836	Kommunale Abwasserleitung; Beseitigungsverlangen des Grundeigentümers; konkludent geschlossener Leihvertrag; satzungrechtliche Duldungspflicht; Begriff der „örtlichen“ Abwasserbeseitigung; Mehraufwendungen für alternative Trassenführung; (keine) Verjährung der Duldungspflicht oder der Anordnungsbefugnis; Pflicht zur Duldung des „Anbringens und Verlegens“ von Leitungen — 451
	U.v. 30.05.2017	21 BV 16.1731	Rettungsdienstrecht; Genehmigung zur Durchführung von qualifiziertem bodengebundenem Krankentransport außerhalb des öffentlichen Rettungsdienstes; Krankentransport beschränkt auf die Beförderung intensivpflegebedürftiger und heimbeatmeter Patienten nicht genehmigungsfähig; Verträglichkeitsprüfung; Funktionsfähigkeit des öffentlichen Rettungsdienstes — 454
BVerwG	U.v. 13.09.2017	10 C 7.16	Betreten; Betretensrecht; Gemeinde; Grundrechtsbindung; Eigengesellschaft; Pachtvertrag; Querungshilfe; Strand; Strandbad; Strandzugang; Teekabfuhrweg; unentgeltlich — 458
BGH	U.v. 07.09.2017	III ZR 71/17	Allgemeiner Aufopferungsanspruch; hoheitlicher Eingriff; körperliche Unversehrtheit; Ersatz materieller Schäden; nichtvermögensrechtliche Nachteile — 463
Wissenswertes für den Rechtsanwalt			
BayVGH	B.v. 21.11.2017	7 C 16.1330	Kostenerinnerung; mehrere Rechtsanwälte; dieselbe Angelegenheit; mehrere Auftraggeber — 466

Aufsätze

Brügge, Michael

Zur Haftung des Steuerberaters gegenüber einer insolventen Gesellschaft wegen verspäteter Insolvenzanmeldung 705

Neuhaus, Kai-Jochen

Die Verjährung von Ansprüchen aus der Berufsunfähigkeitsversicherung
 – Zugleich Anmerkung zum Urteil des OLG Jena vom 29. 3. 2018 (4 U 392/17) VersR 2018, 723 – 711

Prah, Dr. Albert

Zur Beitragsbemessungsgrundlage in der gesetzlichen Krankenversicherung: Umwandlung eines Kapitals aus einem Lebensversicherungsvertrag in Renten
 – Zugleich Anmerkung zum Urteil des BSG vom 10. 10. 2017 (B 12 KR 1/16 R) VersR 2018, 763 – 715
Bücher 718**Literaturhinweise** 721

Rechtsprechung

Versicherungsvertragsrecht**Berufsunfähigkeitsversicherung**
 OLG Jena 29. 3. 2018 (4 U 392/17) **„Stammrecht“ auf Leistungen aus einer Berufsunfähigkeitsversicherung kann nicht verjähren** 723

 OLG Saarbrücken 3. 5. 2017 (5 U 44/16) **Einklagen von Einzelansprüchen aus einer Berufsunfähigkeitsversicherung hemmt nicht die Verjährung des Stammrechts** 725
Haftpflichtversicherung
 BGH 13. 3. 2018 (VI ZR 151/17) **Bei Mehrfachversicherung geht der Ausgleich unter Haftpflichtversicherern dem Regress gegen einen (Mit-)Versicherten vor** 726
Kfz-Haftpflichtversicherung
 EuGH 14. 9. 2017 (Rs C-503/16) **Kein Deckungsausschluss für Schäden eines vom eigenen Fahrzeug verletzten Fußgängers** 728

 OLG Saarbrücken 10. 11. 2017 (4 W 16/17) **Prüfungs- und Regulierungsfrist beginnt mit Zugang eines spezifizierten Anspruchsschreibens** 733
Wohngebäudeversicherung
 OLG Koblenz 15. 12. 2017 (10 U 811/16) **Begriff der Überschwemmung und Umfang des Versicherungsschutzes nach Erdbeben** 735
Haftungsrecht**Amtshaftung**
 BGH 5. 4. 2018 (III ZR 211/17) **Kontrollpflicht der Kfz-Zulassungsstelle auf Übereinstimmung des zugeteilten mit abzustempelnden Kennzeichen hat Drittwirkung** 741
Arzthaftung
 OLG Köln 23. 10. 2017 (5 W 23/17) **Keine Aufklärungspflicht des Arztes über spezielle sozialrechtliche Fragen** 744
Dienstvertrag
 BGH 15. 3. 2018 (III ZR 126/17) **Unwirksamkeit einer formularmäßigen Laufzeitvereinbarung von 72 Monaten bei Fernüberwachungsvertrag mit einem Unternehmer** 746
Handlungsvollmacht
 OLG Stuttgart 12. 1. 2017 (7 U 63/16) **Umfang der Handlungsvollmacht des Personalleiters eines mittelständischen Unternehmens (hier: Kollektiv-/Direktversicherung) mit Anmerkung: Frank-M. Nussbaum** 748


Rechtsverfolgungskosten

BGH	19. 4. 2018 (IX ZR 187/17)	Abzug des Restwerts des Unfallfahrzeugs bei der Bemessung des Anspruchs auf Ersatz vorgerichtlicher Anwaltskosten	753
-----	----------------------------	---	-----

Unerlaubte Handlung

BGH	27. 2. 2018 (VI ZR 121/17)	Kein Anspruch auf Fälligkeitszinsen für Forderung aus unerlaubter Handlung trotz Zusammenhangs mit beiderseitigem Handelsgeschäft	755
-----	----------------------------	--	-----

Verkehrssicherungspflicht

BGH	21. 2. 2018 (VIII ZR 255/16)	Keine Räum- und Streupflicht des Vermieters auf dem öffentlichen Gehweg im Bereich des Grundstückseingangs	756
-----	------------------------------	---	-----

Straßenverkehr

Schadensberechnung

KG	14. 12. 2017 (22 U 177/15)	Abstrakte Schadensberechnung bei Reparaturkosten unter dem Wiederbeschaffungswert aber über dem Wiederbeschaffungsaufwand	758
----	----------------------------	---	-----

Prozessrecht

Anwaltsgebühren

BGH	22. 2. 2018 (IX ZR 115/17)	Entwurf zweier abgestimmter Testamente ist keine Mitwirkung bei Gestaltung eines Vertrags und löst keine Geschäftsgebühr aus	759
-----	----------------------------	--	-----

Detekteikosten

OLG Köln	2. 8. 2017 (17 W 175/16)	Ersatz von sehr hohen Detektivkosten zur Abwehr unbegründeter Ansprüche	761
----------	--------------------------	---	-----

Sozialversicherungsrecht

Kranken- und Pflegeversicherung

BSG	10. 10. 2017 (B 12 KR 1/16 R)	Beitragspflicht bei Finanzierung einer Sofortrentenversicherung durch Kapitaleistung aus Direktversicherung	763
-----	-------------------------------	--	-----

Auslandsrecht (Österreich)

Haftpflichtversicherung

OGH	29. 11. 2017 (7 Ob 177/17 f)	Direktklage des Patienten gegen den Haftpflichtversicherer einer Krankenanstalt	766
-----	------------------------------	---	-----

DIE VERWALTUNG

Zeitschrift für Verwaltung
und Verwaltungswissenschaften

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z 133

Herausgegeben von

Gabriele Britz, Martin Burgi

Michael Fehling, Stefan Fisch

Klaus Ferdinand Gärditz, Johannes Masing

Matthias Ruffert, Friedrich Schoch

Helmuth Schulze-Fielitz



51. Band · 2018 · Heft 1



Duncker & Humblot · Berlin



Inhalt

Abhandlungen und Aufsätze

<i>Anna Leisner-Egensperger</i> , Das Recht des öffentlichen Dienstes – Grundlagen und neuere Entwicklungen	1
<i>Gerhard Baumgartner</i> , Das Recht des „öffentlichen Dienstes“ – Grundlagen und neuere Entwicklungen in rechtsvergleichender Perspektive. Die österreichische Sicht	39
<i>Christian Bumke</i> , Bundesverfassungsrecht in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (2012 – 2017)	71

Buchbesprechungen

Eckert, Philipp, Entstehung und Bedeutung des Landesverwaltungsgesetzes Schleswig-Holstein (<i>Maximilian Wallerath</i>)	97
Fraenkel-Haeberle, Cristina/Galetta, Diana-Urania/Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Europäisierung und Internationalisierung der nationalen Verwaltungen im Vergleich (<i>Claus Dieter Classen</i>)	100
Hanschmann, Felix, Staatliche Bildung und Erziehung. Ganztagschule, Bildungsstandards und selbständige Schule als Herausforderungen für das Verfassungs- und Schulrecht (<i>Franz Reimer</i>)	103
Sokol, Ljuba, Die Bestimmung der Verantwortlichkeit für die Abwehr und Beseitigung von Störungen im öffentlichen und privaten Recht (<i>Klaus Meßerschmidt</i>)	107
Kment, Martin (Hrsg.), Zukunftsperspektiven des Immissionsschutzrechts (<i>Angela Schwerdtfeger</i>)	110
Schoch, Friedrich, IFG-Informationsfreiheitsgesetz. Kommentar (<i>Elke Gurlit</i>)	113
Dix, Alexander/Franßen, Gregor/Kloepfer, Michael/Schaar, Peter/Schoch, Friedrich/Voßhoff, Andrea/Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit (Hrsg.), Informationsfreiheit und Informationsrecht Jahrbuch 2016 (<i>Kai von Lewinski</i>)	116
Schuppli, Martin, Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Sozialstaatliches Gebot und Ordnungsidee des Verwaltungsrechts – dargestellt unter besonderer Berücksichtigung des Schulwesens (<i>Angelika Siehr</i>)	119
Pfahl, Sebastian, Staatliche Wirtschaftsteilnahme und Art. 30 GG (<i>Stefan Korte</i>)	122
Gayger, Michael, Infrastrukturförderung zwischen EU-Beihilfenrecht und mitgliedstaatlicher Wirtschaftsförderung (<i>Wolfram Cremer</i>)	126
Westermann, Eike, Legitimation im europäischen Regulierungsverbund. Zur demokratischen Verwaltungslegitimation im europäischen Regulierungsverbund für elektronische Kommunikation (<i>Matthias Knauff</i>)	130

Grünewald, Stefanie, Die (Re)Kommunalisierung in der Energieverteilung. Grenzen und Möglichkeiten kommunaler wirtschaftlicher Betätigung in der Elektrizitätsverteilung. Zugleich eine kritische Auseinandersetzung mit dem energie-wirtschaftlichen Konzessionsvergaberecht (<i>Johannes Hellermann</i>)	133
Stettner, Elisa: Sicherheit am Bahnhof. Überwachungsmaßnahmen zur Abwehr terroristischer Anschläge. Das Recht der inneren und äußeren Sicherheit (<i>Urs Kramer</i>)	138
Tieben, Philipp, Förderstrategien für Elektromobilität. Möglichkeiten rechtlicher Steuerung zur Überwindung des Akzeptanzproblems (<i>Martin Wickel</i>)	142
Weigelt, Thomas, Die wachsende Stadt als Herausforderung für das Recht. Rechtliche Instrumente zum Erhalt und zur Schaffung heterogener Bevölkerungsstrukturen in der Innenstadt (<i>Helmut Philipp Aust</i>)	145
Potschies, Tanja, Raumplanung, Fachplanung und kommunale Planung (<i>Annette Guckelberger</i>)	147
Burgi, Martin, Vergaberecht. Systematische Darstellung für Praxis und Ausbildung (<i>Marc Bungenberg</i>)	151

Anschriften der Mitarbeiter

Prof. Dr. *Anna Leisner-Egensperger*, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Steuerrecht
Friedrich-Schiller-Universität Jena, Carl-Zeiss-Straße 3, 07743 Jena
E-Mail: A.Leisner@recht.uni-jena.de

Prof. Dr. *Gerhard Baumgartner*, Institut für Rechtswissenschaft Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Universitätsstr. 65–67, A – 9020 Klagenfurt am Wörthersee
E-Mail: Gerhard.Baumgartner@aau.at

Prof. Dr. *Christian Bumke*, Bucerius Law School, Jungiusstraße 6, 20355 Hamburg
E-Mail: christian.bumke@law-school.de

in Verbindung mit

Prof. Dr. Dr. h. c. **Thomas Buergenthal**, GWU, Washington, DC; vorm. Richter am IGH; vordem Präsident des IAGMR, San José
 Dr. h. c. **Hans Danelius**, vorm. Richter am Obersten Gerichtshof, Stockholm, und am VerfGH von Bosnien-Herzegowina, Sarajevo
Tim Eicke, Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Straßburg
 Prof. Dr. Dr. h. c. **Jochen Abr. Frowein**, vorm. Vize-Präsident der Europ. Komm. f. Menschenrechte, vorm. Direktor am MPI, Heidelberg
 Prof. Dr. Dr. **Christoph Grabenwarter**, Wirtschaftsuniversität Wien, Vize-Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Wien
 Prof. Dr. **Constance Grewe**, Professorin an der Université de Strasbourg; Richterin am Verfassungsgerichtshof von BiH, Sarajevo
 Univ.-Prof. Dr. **Gerhart Holzinger**, vorm. Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Wien
 Prof. Dr. **Christine Langenfeld**, Richterin des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe; Professorin an der Universität Göttingen
 The Right Hon. **Lord Mance**, Vize-Präsident des Supreme Court of the United Kingdom, London
 Prof. Dr. **Jörg Paul Müller**, Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Bern
 Prof. Dr. Dr. h. c. **Gil Carlos Rodríguez Iglesias**, vorm. Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg
 Prof. Dr. **László Sólyom**, vorm. Präsident der Republik Ungarn; vordem Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Budapest
 Prof. Dr. Dr. h. c. **Christian Tomuschat**, Professor für öffentl. Recht, insb. Völker- und Europarecht an der Humboldt-Universität zu Berlin

Herausgegeben von **Dr. h. c. Norbert Paul Engel** Schriftleitung **Rechtsanwältin Dr. h. c. Erika Engel**

EuGRZ

29. Juni 2018

45. Jg. Heft 9-12

ISSN 0341/9800

Seiten 237-360

1. Aufsätze


Michael Fuchs, Berlin

Die Vermessung der Rechtsstaatlichkeit – Die “Rule of Law Checklist” der Verordg-Kommission des Europarates

237

Christoph Gusy, Bielefeld

Datenschutz als Privatheitsschutz oder Datenschutz statt Privatheitsschutz?

244

2. Entscheidungen

- EuGH – 2. 5. 18 – Verdacht der Beteiligung an Kriegsverbrechen / Wegweisung / Verb. Rsn. *K und H.F.* 255
 EuGH – 8. 5. 18 – Barrierewirkung von Einreiseverboten / Ausnahmeprüfungen / Rs. *K.A. u.a.* 263
 EuGH – 12. 4. 18 – „Minderjähriger“ i.S.d. RL 2003/86/EG / Familienzusammenführung / Rs. *A und S* 276
 EuGH – 17. 4. 18 – Schutz vor Ausweisung für straffällige EU-Bürger / Verb. Rsn. *B und Vomero* 281
 EuGH – 24. 4. 18 – Kriterien für subsidiären Schutz eines Folteropfers / Rs. *MP* 290
 EuGH – 10. 4. 18 – Auslieferung eines ausländischen EU-Bürgers an Drittstaat (USA) / Rs. *Pisciotti* .. 294
 EuGH – 17. 4. 18 – Kirche als Arbeitgeber / Religion als berufliche Anforderung / Rs. *Egenberger* 299
 EuGH – 17. 5. 18 – Rückzahlung gestundeter Studiengebühren / Rs. *KdG gegen Kuipers* 306
 BGer – 12. 10. 17 – **Beweisfragen (DNA-Gutachten) in Abstammungsprozess / Aktivlegitimation zur Anfechtung einer Kindeserkennung bei geschiedener Scheinehe** **Steinmann** 311
 BGer – 18. 12. 17 – Kein Klagerecht des genetischen Vaters gegen den rechtlichen Vater .. **Steinmann** 317
 BVerfG – 11. 4. 18 – Stadionverbot wegen Besorgnis künftiger Störungen von Fußballspielen zulässig .. 320
 BVerfG – 15. 3. 18 – Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen im Bundesgebiet 326
 BVerfG – 21. 3. 18 – Information über lebens- und futtermittelrechtliche Verstöße von Unternehmen ... 333
 BVerfG – 4. 5. 18 – Ausweisung eines Tunesiers nach Tunesien / Diplomatische Zusicherungen 340
 BVerfG – 13. 2. 18 – Befangenheitsantrag gegen BVerfG-Richter Müller stattgegeben 348
 BVerfG – 24. 4. 18 – Ablehnungsgesuche gegen BVerfG-Vizepräsident Kirchhof zurückgewiesen 351

3. Dokumentation

- EuRat – 15. 4. 18 – Externer Untersuchungsausschuss (Bratza/Bruguière/Fura) prüft Verhalten von Aserbaidschan und bestätigt Korruptionsvorwürfe gegen Abgeordnete N.P. Engel 353
 BVerfG – 20. 4. 18 – Missachtung der einstweiligen Anordnung des BVerfG durch die Stadt Wetzlar 356

4. Laufende Verfahren

- OLG Schleswig Ehemaliger katalanischer Regionalpräsident Puigdemont unter Auflagen aus Auslieferungshaft entlassen / Europ. Haftbefehl 356
 – 5. 4. 18 –
 GStA SH Generalstaatsanwalt SH erachtet Auslieferung von Puigdemont an Spanien in vollem Umfang (wegen Rebellion und Korruption) für zulässig / Antrag an OLG 360
 – 1. 6. 18 –



Zeitschrift Gesetzgebung

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z331

Vierteljahresschrift für staatliche, kommunale und europäische Rechtsetzung

ZG



2/2018

33. Jahrgang

**Aufgabenkreation des Bundes, Mehrbelastung der Kommunen,
Ausgleichspflicht der Länder**

Friedrich Schoch

Vereinheitlichung des Polizeirechts?

Roman Kaiser / Victor Struzina

Verfassungsändernde Gesetzgebung in Nordrhein-Westfalen

Werner Reutter

Gesetzgebung 4.0 – Handlungsbedarf im digitalen Zeitalter

Maria Hollenders

**„Der Staat muss gemäß Art. 28 Abs. 2 S. 3 GG den Gemeinden gegebenenfalls
die Mittel zur Verfügung stellen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen“**

Hans-Günter Hennecke



C.F. Müller

Zeitschrift für Gesetzgebung ZG

Vierteljahresschrift für staatliche, kommunale und europäische Rechtsetzung
33. Jahrgang

Inhalt Heft 2/2018

Aufsätze

- Friedrich Schoch*, Aufgabenkreation des Bundes, Mehrbelastung der Kommunen, Ausgleichspflicht der Länder 97
- Roman Kaiser/Victor Struzina*, Vereinheitlichung des Polizeirechts? – Vom Beruf unserer Zeit zur Mustergesetzgebung 111

Forum

- Werner Reutter*, Verfassungsändernde Gesetzgebung in Nordrhein-Westfalen 145

Berichte

- Maria Hollenders*, Gesetzgebung 4.0 – Handlungsbedarf im digitalen Zeitalter – Jubiläumsveranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung e.V. am 8. November 2017 in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Berlin 168

Rechtsprechung

- Hans-Günter Henneke*, »Der Staat muss gemäß Art. 28 Abs. 2 S. 3 GG den Gemeinden gegebenenfalls die Mittel zur Verfügung stellen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen« 175

Literatur

- Wolf J. Schünemann, In Vielfalt verneint. Referenden in und über Europa von Maastricht bis Brexit (*Eckhard Jesse*) 190

V
F
Z
Ä
V
Z
R
V
w
z
P
d
ri
b
b
fi
E
la
d
u
si
li

C
B
E

zeitschrift für hochschulrecht, hochschulmanagement und hochschulpolitik:zfhr

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z130

zeitschrift für hochschulrecht,
hochschulmanagement
und hochschulpolitik: zfhr

Herausgeber und Schriftleitung:

M. Novak
B. Perthold-Stoitzner
E. Schulev-Steindl



Heft 3
Juni 2018
17. Jahrgang

Aufsätze

Univ.-Prof. Dr. DDr. Ingrid Wenzel-Langgasser
Mag. Annette Lichtmannegger

„Opportunity Hiring“ – Die Berufung von
Universitätsprofessor/inn/en nach § 99a UG 79

Mag. Dr. Christian Schweighofer

Sind Fachhochschulen öffentliche Stellen im
Sinn von Art 37 DSGVO? 89

Rechtsprechung

Volltext 102

Leitsätze 110

Buchbesprechungen 111

Impressum 112

5 Fachzeitschrift
 für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht,
 das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen sowie
 das gesamte kommunale Abgabenrecht
 2018
 19. Jahrgang

der gemein- schaftliche Haushalt

Inhalt

Aufsätze

Prof. Dr. Alfred Katz, Rechtsanwalt, Erster Bürgermeister der Stadt Ulm a.D., Ulm/Neu-Ulm
 Das „natürliche Wasserkartell“ – Fragen zur Entgeltberechnung
 Teil 3: Aktuell geltendes privat- und öffentlich-rechtliches Wasserentgeltrecht und
 Handlungsempfehlungen. 97

Prof. Andrea Herre, Beauftragte für Chancengleichheit, Hochschule für öffentliche
 Verwaltung Kehl
 Wirkungs-, Leistungsziele und Kennzahlen für die frühkindliche Bildung in der
 Kommune – Teil 1 105

Norbert Meier, Städtischer Rechtsdirektor, Essen
 Zum Spekulationsverbot für Gemeinden – Bestehen und Konsequenzen 110

Aus der Rechtsprechung 114

Buchbesprechungen 119

D3-7313

W

123456789
 10111213141516171819
 20212223242526272829
 30313233343536373839
 40414243444546474849
 50515253545556575859
 60616263646566676869
 70717273747576777879
 80818283848586878889
 90919293949596979899
 100

D3-7129

RECHT & RFG FINANZEN FÜR GEMEINDEN

Mit
Sachregister
2003-2017!

Herausgeber Walter Leiss, Alois Steinbichler
Schriftleitung und Redaktion Markus Achatz, Peter Pilz
Redaktion Alexander Enzinger, Christoph Grabenwarter, Ferdinand Kerschner,
Wolfgang Meister, Katharina Pabel, Alfred Riedl, Ursula Stingl-Lösch

Juni 2018

02

45 – 108

Schwerpunkt

Datenschutz

Geldbußenbefreiung für Gemeinden *Martin Führer* ➔ 48

Übersicht

Steuer-Radar ➔ 51

Beiträge

Gemeinde im verwaltungs(gerichtlichen) Verfahren *Wolfgang Steiner und Johanna Weilguni* ➔ 58

Alkoholverbote in der Rechtsprechung
Anna Leisner-Egensperger ➔ 67

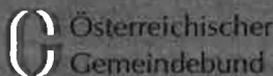
Kompetenz des Bürgermeisters in der laufenden Verwaltung
Dieter Neger ➔ 76

Moderne Formen der Urnenbeisetzung *Anna Obereder* ➔ 84

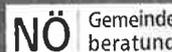
Nachbarrecht Entscheidungen 2016/2017 *Erika Wagner* ➔ 92

Serie VRV 2015: Vermögenserfassung und -bewertung
Veronika Mesarits ➔ 98

Anforderungen an die Kommune – Agilität als Lösung?
Christina Duller und Veronika Mesarits ➔ 103



leitner leitner



→ Editorial 45
Von Walter Leiss

Datenschutz



→ Geldbußenbefreiung für Gemeinden 48

Neues Datenschutzrecht für Gemeinden

Schon im September 2017 beinhaltet die RFG (2017/27) einen Abriss über die Neuerungen – oder doch nicht Neuerungen –, mit welchen die Gemeinden durch die Datenschutz-Grundverordnung konfrontiert sein werden. Zwischenzeitlich sind weitere Gesetzesänderungen beschlossen worden, die teilweise noch nicht einmal in Kraft stehende Gesetze (wieder) geändert haben. Die damit angestrebten Klarstellungen wurden zwar in den meisten Fällen erreicht, eröffnen in anderen aber wieder Fragen, die eine Anpassung eines früheren Beitrags bedingen.

Von Martin Führer

Steuer-Radar 51

Judikatur

→ Aktuelle Judikatur der Höchstgerichte zur Gemeinde als Steuergläubigerin ... 53

Von Stefan Leo Frank

Öffentliches Recht

→ Die Gemeinde im verwaltungs(gerichtlichen) Verfahren 58

Schwerpunkt Rechtsschutzverfahren nach AVG und VwGVG

Die Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit erster Instanz kann als eine der grundlegendsten Novellen der österreichischen Rechtsordnung bezeichnet werden. Folglich gingen damit auch auf Gemeindeebene umfassende Änderungen einher, die es sowohl im Verwaltungsverfahren als auch im verwaltungsgerichtlichen Verfahren zu beachten gilt. Gerade die Gemeinden finden sich im System der Verwaltungsgerichtsbarkeit in einer neuen Rolle, wobei der generelle Entfall des aufsichtsbehördlichen Vorstellungsverfahrens nur einen Teilaspekt darstellt.

Von Wolfgang Steiner und Johanna Weilguni

→ Verwaltungsrechtliche Alkoholverbote im Spiegel der Rechtsprechung 67

In einem Erk zu einer AlkoholverbotsV der Stadt Innsbruck hat der VfGH die grundsätzliche Eignung von Alkoholverboten zur Hintanhaltung von Anstandsverletzungen bejaht, im Übrigen aber weder Verhältnismäßigkeit noch Freiheitsrechte noch das Sachlichkeitsgebot geprüft. Vor diesem Hintergrund wird der verfassungsrechtliche Spielraum der Gemeinden beim Erlass von Alkoholverboten ausgelotet, insb die Übertragbarkeit der Rsp zur Bettelei.

Von Anna Leisner-Egensperger

→ Kompetenz des Bürgermeisters in Ausübung der laufenden Verwaltung der Gemeinde 76

Was darf der Bürgermeister – was darf er nicht?

Unter der „laufenden Verwaltung“ einer Kommune ist nach höchst- und oberstgerichtlicher Judikatur die Besorgung der im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde (Art 118 B-VG) regelmäßig vorkommenden Verwaltungsaufgaben ohne weittragende finanzielle, wirtschaftliche, politische oder ähnliche Bedeutung, also jener Aufgaben, die den gewöhnlichen Tätigkeitsbereich der Gemeindeverwaltung ausmachen, zu verstehen. Allerdings ist die Definition der laufenden Verwaltung in den Gemeindegesetzen der Bundesländer differenziert normiert und nicht einheitlich, sondern, je nach Größe und Ausformung der einzelnen Gemeinden, unterschiedlich zu betrachten. Im Folgenden soll daher der Begriff der laufenden Verwaltung anhand der Gemeindegesetze bzw Gemeindeordnungen der Bundesländer (außer Wien, da nicht direkt vergleichbar) näher beleuchtet werden.

Von Dieter Neger



mit
Praxistipp

Bestattungsrecht

- Moderne Formen der Urnenbeisetzung 84

Beurteilung der rechtlichen Zulässigkeit in Oberösterreich

Der Trend zur Individualisierung der Bestattungsform führt zu vermehrten Urnenbeisetzungen außerhalb von Friedhöfen, Urnenhainen und Urnenhallen. Voraussetzung für die Durchführung solcher Beisetzungen ist das Vorliegen einer Bewilligung der Gemeinde, in der der Beisetzungsort liegt. Dieser Beitrag erörtert die Bewilligungsvoraussetzungen und beurteilt die rechtliche Zulässigkeit ausgewählter Urnenbeisetzungsformen.

Von Anna Obereder



Nachbarrecht

- Update Nachbarrecht – Entscheidungen 2016/2017. 92

Der Beitrag bietet eine Übersicht über die Rsp des OGH (2016 und 2017) im Nachbarrecht; konkret zum Beseitigungsanspruch, zum Ausgleichsanspruch nach § 364 a, zur Vertiefung nach § 364 b, zu Fragen der Widmung im WEG, zum Rechtsmissbrauch, zur Auslegung eines Einwendungsverzichts und zur Amtshaftung. Dabei handelt es sich um eine Kurzversion des im Jahrbuch des österreichischen und europäischen Umweltrechts 2018 enthaltenen Beitrags für den vielbeschäftigten Praktiker/die vielbeschäftigte Praktikerin auf Gemeindeebene und soll ein schnelles Erfassen des Relevanten ermöglichen.

Von Erika Wagner



Rechnungslegung und Betriebswirtschaft

- VRV 2015 – Vermögenserfassung und -bewertung. 98

Die konkreten Tätigkeiten im Rahmen der Umstellung auf die VRV 2015 beginnen mit der Erstellung der Eröffnungsbilanz. Was gibt die VRV 2015 iZm der Vermögenserfassung und -bewertung vor? Wie geht man das in der Praxis konkret an?

Spätestens ab 2020 müssen Länder und Gemeinden auf die VRV 2015 umsteigen. Die konkreten Umstellungstätigkeiten beginnen mit der Erstellung der Eröffnungsbilanz, deren zentraler Teil die Erfassung und Bewertung des bestehenden Gemeindevermögens ist. Nicht immer ist es dabei einfach zu entscheiden, welche Bewertungsmethode die Richtige ist. Wie viel Aufwand für Erfassung und Bewertung lohnt sich? Wie können die Ergebnisse auf ihre Plausibilität überprüft werden? Dieser Beitrag gibt einen Überblick und Tipps für die Praxis.

Von Veronika Meszarits



- Knappe Finanzen bei steigenden Anforderungen an das kommunale Leistungsangebot – ist Agilität die Lösung? 103

Agilität ist im privatwirtschaftlichen Kontext das Buzzword schlechthin. Meist geht es dabei um Strategien, um bei steigender Unsicherheit und Konkurrenz ua durch digitale, globale Lösungen sowie hohen Kundenerwartungen wirtschaftlich zu überleben. Sind agile Lösungsansätze auch auf kommunaler Ebene eine Option?

Von Christina Duller und Veronika Meszarits

Bericht

- Literatur zu gemeinnützigen Organisationen 107

Besprechung: **Stranzinger/Kuhn/Kovacs/Hofer, Non-Profit-Organisationen**

Von Bernhard Renner

Standards

- Impressum 45

Beilage

- Sachregister 2003 bis 2017 108

D3-Z132

Die Öffentliche Verwaltung

Zeitschrift für öffentliches Recht
und Verwaltungswissenschaft

71. Jahrgang Juli 2018
Heft 13 Seiten 497–536



Hermann Hill, Agiles Verwaltungshandeln im Rechtsstaat

Tamiko Kehrer/Daniel Rölle, Die Theorie der „Public Service Motivation“

Ulrich Smeddinck/Basil Bornemann, Verkehr, Mobilität, Nudging

Fiete Kalscheuer/Annika Jacobsen, Der Parlamentsvorbehalt: Wesentlichkeitstheorie als Abwägungstheorie

Buchbesprechung

Rechtsprechung in Leitsätzen

www.doev.de
Kohlhammer

13

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

<i>Hermann Hill</i> , Speyer, Agiles Verwaltungshandeln im Rechtsstaat	497
<i>Tamiko Kehrer</i> , Karlsruhe/ <i>Daniel Rölle</i> , Speyer, Die Theorie der „Public Service Motivation“ – Attraktivitätspotenziale für den öffentlichen Dienst in Deutschland.....	504
<i>Ulrich Smeddinck</i> , Braunschweig, Halle/ <i>Basil Bornemann</i> , Basel, Verkehr, Mobilität, Nudging – Zugleich zum Stand von Regulieren durch Anstoßen in Deutschland	513
<i>Fiete Kalscheuer/Annika Jacobsen</i> , Kiel, Der Parlamentsvorbehalt: Wesentlichkeitstheorie als Abwägungstheorie.....	523

Buchbesprechung

<i>Carl Schmitt</i> , Tagebücher – 1925 bis 1929; hrsg. v. Martin Tielke und Gerd Giesler (<i>Reinhard Mehring</i>).....	529
--	-----

Leitsätze

Gerichte der Europäischen Union

391. <i>EuGH</i> , Urteil vom 24.4.2018 – C-353/16 – MP – Subsidiärer Schutz; psychologische Versorgung im Heimatland.....	530
--	-----

Verfassungsgerichte

392. <i>BVerfG (Kammer)</i> , Beschluss vom 5.3.2018 – 1 BvR 2864/13 – Kürzung der Zuteilung kostenloser Emissionsberechtigungen	531
---	-----

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Abgabenrecht

393. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 28.2.2018 – 6 C 48.16 – Rundfunkbeitragspflicht schwerbehinderter Menschen	531
394. <i>OVG Meckl.-Vorp.</i> , Urteil vom 28.11.2017 – 1 L 531/16 – Anschlussbeitrag für Trinkwasser; Flächenberechnung	531
395. <i>OVG Meckl.-Vorp.</i> , Beschluss vom 29.11.2017 – 1 M 499/17 – Vereinbarung über eine Ablösung von Beiträgen	531
396. <i>OVG Meckl.-Vorp.</i> , NK-Urteil vom 27.2.2018 – 1 K 21/14 – Normenkontrolle gegen eine Parkgebührenverordnung; Bekanntmachung im Internet	531

Öffentliches Dienstrecht

397. <i>HessVGH</i> , Beschluss vom 21.3.2018 – 1 B 1674/17 – Unzulässiger Ausschluss vom Auswahlverfahren.....	532
---	-----

Schul-, Hochschul- und sonstiges Kultusrecht; Prüfungsrecht

398. <i>BVerwG</i> , Beschluss vom 5.3.2018 – 6 B 71.17 – Staatsprüfung für Juristen; Bewertung von Aufsichtsarbeiten	532
399. <i>HambOVG</i> , Beschluss vom 27.3.2018 – 3 Nc 4/18 – Anordnungsgrund für einen auf die vorläufige Zulassung zu einem Studiengang gerichteten Rechtsschutzantrag	532
400. <i>VGH BW</i> , Beschluss vom 28.3.2018 – 9 S 2648/17 – Finanzierung von Drittmittelprojekten.....	532

Polizei- und Ordnungsrecht

401. <i>OVG Meckl.-Vorp.</i> , Urteil vom 17.10.2017 – 1 LB 137/11 – Anordnung erkennungsdienstlicher Maßnahmen; Restverdacht	532
402. <i>BayVGH</i> , Beschluss vom 27.12.2017 – 4 CS 17.1450 – Obdachlosenunterbringung; Annahme fehlender „Unterbringungsfähigkeit“	532
403. <i>OVG NRW</i> , Beschluss vom 19.2.2018 – 4 A 218/16 – Veranstungsverbot am Karfreitag.....	532
404. <i>SächsOVG</i> , Beschluss vom 19.2.2018 – 3 A 580/16 – Sicherstellung von Vereinsvermögen.....	533
405. <i>OVG NRW</i> , Beschluss vom 7.3.2018 – 9 E 129/18 – Unterbringungsanspruch eines körperbehinderten Obdachlosen	533



Kommunalrecht

406. *BayVGH*, Beschluss vom 1.3.2018 – 4 CE 18.495 – Abwehranspruch der Vertreter eines Bürgerbegehrens gegen ein konkurrierendes Ratsbegehren 533

407. *BayVGH*, Beschluss vom 19.3.2018 – 4 CE 17.2472 – Schutz vor Vereitelung eines beantragten Bürgerbegehrens; Sitzungsöffentlichkeit in „Sparkassenangelegenheiten“ 533

408. *BayVGH*, Beschluss vom 10.4.2018 – 4 CE 17.2450 – Eilrechtsschutz gegen den Ausschluss aus einer Gemeinderatsfraktion 533

409. *BayVGH*, Beschluss vom 10.4.2018 – 4 CS 17.2083 – Öffentliche Einrichtung; Widerruf der Zuweisung eines Verkaufsstandes auf dem Viktualienmarkt 533

Datenschutz-, Informations- und Medienrecht

410. *SächsOVG*, Beschluss vom 2.2.2018 – 3 A 755/17 – Anwendungsbereich des Informationszugangsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt 533

411. *HambOVG*, Urteil vom 8.2.2018 – 3 Bf 107/17 – Anspruch auf Zugang zu Daten eines Insolvenzschuldners 533

Bau- und Planungsrecht

412. *BVerwG*, Urteil vom 21.12.2017 – 4 C 7.16 – Befristete Geltung der Baugenehmigung; unbefristete Fortgeltung als immissionsschutzrechtliche Genehmigung 534

413. *HessVGH*, Urteil vom 22.2.2018 – 4 A 1837/17 – Flüchtlingsunterbringung im Außenbereich 534

414. *OVG NRW*, Beschluss vom 27.2.2018 – 2 A 2253/16 – Ausfertigung eines Bebauungsplans 534

415. *BayVGH*, NK-Urteil vom 27.2.2018 – 15 N 16.2381 – Irrtum des Planungsgebers über die Reichweite der GRZ-Festsetzung; Abwägungsfehler 534

416. *HessVGH*, Beschluss vom 28.2.2018 – 3 B 2323/17 – Bauvorlagen; Fiktionswirkung; Frist 534

417. *BayVGH*, Beschluss vom 8.3.2018 – 15 CE 17.2599 – Nachbarschutz aus brandschutzrechtlichen Anforderungen 534

418. *HessVGH*, Urteil vom 20.3.2018 – 4 A 2797/16 – Geschlossene Bauweise; Gebäudeflucht 534

Naturschutz- und Umweltrecht

419. *OVG Meckl.-Vorp.*, Urteil vom 13.9.2017 – 3 L 145/14 – Artenschutzrechtliche Auflage in einer Genehmigung für Windenergieanlagen 534

420. *OVG NRW*, Beschluss vom 19.12.2017 – 20 A 917/16 – Abfallrechtliche Zuverlässigkeit 535

Wasserrecht

421. *BVerwG*, Urteil vom 16.11.2017 – 9 C 15.16 – Wasserentnahmeentgelt bei Nutzung eines eigenen Baggersees 535

422. *BVerwG*, Urteil vom 16.11.2017 – 9 C 16.16 – Wasserentnahmeentgelt für Beseitigung von Sumpfungswasser durch Tagebaubetrieb 535

Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht

423. *BVerwG*, Beschluss vom 26.3.2018 – 1 VR 1.18 – Kein Abschiebungsschutz für tunesischen islamistischen Gefährder 535

424. *SächsOVG*, Urteil vom 7.2.2018 – 5 A 1245/17.A – Wehrdienstentzug durch Ausreise ins Ausland; zugeschriebene regimfeindliche Gesinnung 535

Sozialrecht

425. *NdsOVG*, Beschluss vom 15.3.2018 – 4 LA 231/16 – Vorausleistung von Ausbildungsförderung 535

Sonstiges Verwaltungsrecht

426. *BayVGH*, NK-Urteil vom 31.1.2018 – 4 N 17.1197 – Ruhezeit bei Urnenbestattungen; postmortales Persönlichkeitsrecht 536

427. *BayVGH*, Beschluss vom 19.3.2018 – 4 ZB 16.2301 – Umbettung vor Ablauf der Ruhezeit 536

Gerichtsverfahrensrecht

428. *OVG NRW*, Beschluss vom 5.3.2018 – 6 A 1855/16 – Nachträgliche Ergänzung einer Entscheidung 536

429. *HessVGH*, Beschluss vom 7.3.2018 – 10 F 76/18.A – Bindungswirkung eines Verweisungsbeschlusses 536

BGH und andere ordentliche Gerichte

430. *Kammergericht*, Beschluss vom 20.3.2018 – 1 W 51/18 – Wohnungsdurchsuchung zum Zweck der Abschiebung 536

GRUR

Gewerblicher Rechtsschutz und
Rechtsprechungs-Report

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z176

Zeitschrift
der Deutschen
Vereinigung für
gewerblichen
Rechtsschutz
und Urheberrecht

www.grur.org

- 273** LG Mannheim
Erfüllung der FRAND-Obliegenheiten erst im
Verletzungsprozess – Funkstation
- 280** OLG Köln
Schadensschätzung bei Creative-Commons-Lizenzen
– Speicherstadt
- 286** OLG Hamburg
Werktitelschutz für im Verkehr durchgesetzte
Bezeichnung einer Nachrichtensendung
– Werktitel Tagesschau
- 295** OLG Düsseldorf
Sonderkündigung des Telekommunikationsvertrags
bei Umzügen – Sonderkündigungsrecht bei Umzug
- 299** OLG München
Informationsdefizit bei unklarer Benennung der von
einer Rabattaktion umfassten Waren
– 25'ter Geburtstagsrabatt
- 302** LG München I
Gezielte Behinderung durch Bekanntgabe von
„Error Fares“ von Flugunternehmen – Error Fares
- 308** KG
Ausgabe von Gutscheinen bei Abgabe rezept-
pflichtiger Arzneimittel – 1 €-Gutschein
- 319** LG Hamburg
Grenzen der Rückrufpflicht bei Unterlassungsgebot
im Eilverfahren – Dialysekonzentrat

7/2018

Seiten 273 bis 320 · 18. Jahrgang · Juli 2018
München · Frankfurt am Main


C.H. BECK



J550201807



RECHTSPRECHUNG

- PATENTRECHT 273** LG Mannheim 10.11.2017 – 7 O 28/16
Erfüllung der FRAND-Obliegenheiten erst im Verletzungsprozess – **Funkstation**
- URHEBERRECHT 280** OLG Köln 13.4.2018 – 6 U 131/17
Schadensschätzung bei Creative-Commons-Lizenzen – **Speicherstadt**
- MARKEN- UND KENNZEICHENRECHT 283** EuGH 24.1.2018 – C-634/16 P
Berücksichtigung von Beweismitteln im Nichtigkeitsverfahren – **FITNESS**
- 286** OLG Hamburg 1.3.2018 – 3 U 167/15
Werktitelschutz für im Verkehr durchgesetzte Bezeichnung einer Nachrichtensendung – **Werktitel Tagesschau**
- 292** BPatG 7.12.2017 – 27 W (pat) 71/16
Unterscheidungskraft einer Wortfolge für Werbung
– **WIRTSCHAFT IST GESELLSCHAFT (Ls.)**
- WETTBEWERBSRECHT 292** OLG Köln 29.11.2017 – 6 U 50/17
Irreführende Produktaufmachung für Lebensmittel
– **Grilled Steaks-Kartoffelsnacks**
- 295** OLG Düsseldorf 21.12.2017 – I-20 U 77/17
Sonderkündigung des Telekommunikationsvertrags bei Umzügen
– **Sonderkündigungsrecht bei Umzug**
- 297** OLG Koblenz 6.12.2017 – 9 U 347/17
Pflicht zur Grundpreisangabe in Anzeige für Kaffee-Fertigkapseln
– **Kaffeekapseln**
- 299** OLG München 8.2.2018 – 6 U 403/17
Informationsdefizit bei unklarer Benennung der von einer Rabattaktion umfassten Waren – **25`ter Geburtstagsrabatt**
- 302** LG München I 11.12.2017 – 37 O 14236/17
Gezielte Behinderung durch Bekanntgabe von „Error Fares“ von Flugunternehmen – **Error Fares**
- 304** OLG Brandenburg 19.9.2017 – 6 U 19/17
Widerrufsbelehrung bei Kleinanzeigen-Portal – **Kleinanzeigen (Ls.)**
- 304** OLG Jena 27.9.2017 – 2 U 765/16
Beweislast beim Einwand manipulierter Spam-Mails – **E-Mail-Header (Ls.)**

- ARZNEIMITTEL- UND HEILMITTELWERBERECHT **305** OLG München 9.11.2017 – 29 U 4850/16
Verstoß gegen Zugabeverbot bei Werbung für ärztlichen Sehtest
– **Eignungscheck**
- 308** KG 13.3.2018 – 5 U 97/15
Ausgabe von Gutscheinen bei Abgabe rezeptpflichtiger Arzneimittel
– **1 €-Gutschein**
- VERFAHRENSRECHT **312** OLG Düsseldorf 21.2.2018 – VI-U (Kart) 20/17
Abgrenzung der Zuständigkeit der Kartellsenate – **Kfz-Ersatzteile**
- 317** OLG Köln 14.7.2017 – 6 U 199/16
Vorliegen einer Patentstreitsache – **POC**
- 319** LG Hamburg 19.3.2018 – 327 O 321/17
Grenzen der Rückrufpflicht bei Unterlassungsgebot im Eilverfahren
– **Dialysekonzentrat**

ANKÜNDIGUNG

GRUR-RR Heft 8-9/2018 erscheint erst Anfang September 2018.

GRUR^{Int}

Gewerblicher Rechtsschutz und
Internationaler Teil

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z178



Zeitschrift
der Deutschen
Vereinigung für
gewerblichen
Rechtsschutz
und Urheberrecht

In Zusammenarbeit
mit dem Max-Planck-
Institut für Innovation
und Wettbewerb

www.ip.mpg.de

- 621** FLORIAN PASCHOLD
Sekundäre Darlegungslast des Anschlussinhabers im
Rahmen von Filesharing-Fällen mit Familienbezug
- 636** YAOTIAN CHAI
The New Anti-Unfair Competition Law of the
People's Republic of China 2018
- 645** IGNACIO DE CASTRO/HEIKE WOLLGAST/
CHIARA ACCORNERO
Effective Mediation, Arbitration Clauses and Submis-
sion Agreements for Intellectual Property Disputes
- 658** Spanien – Tribunal Supremo
Änderung einer EPÜ-Patentanmeldung unter
Arzneimittelvorbehalt – Lundbeck
- 683** Indien – High Court of Delhi
Schutz von Marken mit Gattungsbezug oder
beschreibendem Element – AYUR
- 685** Russland – Verfassungsgericht
Parallelimporte im russischen Markenrecht – “PAG”
LLC v. Sony
- 694** Estland – Oberster Gerichtshof
Geschützte Werke bei Bereitstellung von Werbe-
leistungen im Internet – AlterMedia
- 721** Journal of Intellectual Property Law & Practice
ROB J. AERTS
The European Commission's Notice on Directive 98/44
and the European Patent Organization's response

Mit Inhalten des

Journal of
Intellectual Property Law
& Practice


C.H. BECK

7/2018

Seiten 621 bis 724 · 67. Jahrgang · Juli 2018
München · Frankfurt am Main





INHALT

AUFSÄTZE

- 621** FLORIAN PASCHOLD
Unionsrechtskonformität der Rechtsprechung des BGH zur sekundären Darlegungslast des Anschlussinhabers im Rahmen von Filesharing-Fällen mit Familienbezug nach der Entscheidung *Afterlife*
- 636** YAOTIAN CHAI
The New Anti-Unfair Competition Law of the People's Republic of China 2018
- 645** IGNACIO DE CASTRO/HEIKE WOLLGAST/CHIARA ACCORNERO
Drafting Effective Mediation and Arbitration Clauses and Submission Agreements for Intellectual Property Disputes

BERICHTE

- 654** VALERIA SCHÖTTLE
Bericht über die Konferenz „Aktuelle Fragen des geistigen Eigentums im deutsch-russischen Rechtsverkehr“ vom 30.6.2017
- 656** ADOLF DIETZ
Reminiszenzen aus 30 Jahren Tätigkeit im sog. Ostreferat des MPI: das grandiose Scheitern der sowjetisch inspirierten Idee von der freien Nachnutzbarkeit von Erfindungen

RECHTSPRECHUNG

PATENTRECHT

- Spanien 658** Tribunal Supremo 20.10.2017
Änderung einer EPÜ-Patentanmeldung unter Arzneimittelvorbehalt nach Inkrafttreten des TRIPS-Übereinkommens – **Lundbeck**
- USA 662** U.S. Court of Appeals for the Fourth Circuit 24.10.2017
Res Judicata und ausländische Gerichtsverfahren – **SAS Institute v. World Programming**
- USA 669** U.S. Court of Appeals for the Federal Circuit 13.4.2018
Patentierbarkeit im Bereich der personalisierten Medizin – **Vanda v. West-Ward**

MARKENRECHT

- EU 678** EuGH 20.12.2017 – C-291/16
Einfuhr von Parallelmarken in Fällen mit Gesamterscheinungsbild – **Schweppes**
- Indien 683** High Court of Delhi 3.1.2018
Schutz von Marken, die aus einer Gattungsbezeichnung oder einem beschreibenden Element bestehen – **AYUR**
- Russland 685** Verfassungsgericht der Russischen Föderation 13.2.2018
Parallelimporte im russischen Markenrecht: Erschöpfung, Grenzen und Rechtsbehelfe – **“PAC” LLC v. Sony (m. Anm. Kapyrina)**

URHEBERRECHT

- Estland 694** Oberster Gerichtshof 11.10.2017 – 2-16-1988
Geschützte Werke bei Bereitstellung von Werbeleistungen im Internet – **AlterMedia (m. Anm. Vasamäe)**
- Frankreich 699** Cour de cassation 22.6.2017
Änderung eines Originalwerkes und Verletzung von Urheberpersönlichkeitsrechten – **Munich Opera (m. Anm. Kapyrina)**

DESIGNRECHT

- EU 700** EuGH 20.12.2017 – C-397/16 und C-435/16
Auslegung der gemeinschaftsgeschmacksmusterrechtlichen Reparaturklausel aus Art. 110 Abs. 1 GGV – **Acacia**

BIBLIOGRAPHIE

- 707** Bibliographische Übersicht zum Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht

BUCHBESPRECHUNG

- 716** RETO M. HILTY/ALFRED FRÜH
Lizenzkartellrecht – Schweizer Recht, gespiegelt am US-amerikanischen und europäischen Recht (*Picht*)

JOURNAL OF INTELLECTUAL PROPERTY LAW & PRACTICE

- CURRENT INTELLIGENCE 719** SOPHIE TUSON/PAUL JOSEPH
Key questions on bad faith and the clarity and precision of trade mark specifications referred to the CJEU
- ARTICLE 721** ROB J. AERTS
The European Commission’s Notice on Directive 98/44 and the European Patent Organization’s response: the unpredictable interaction of EU and EPC law

VersR *DB-Z 212*

Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht

Aus dem Inhalt

VersR 2018, 769–836

Karlsruher Forum 2018

Grigoleit, Prof. Dr. Hans Christoph

Unentgeltliche Verträge und Gefälligkeitsverhältnisse
– Die Perspektive des Haftungsrechts –

769

Bruns, Prof. Dr. Alexander

Unentgeltliche Verträge und Gefälligkeitsverhältnisse
– Die Perspektive des Versicherungsrechts –

789

Rechtsprechung

OLG Dresden

Arglistanfechtung durch Versicherer bei Verletzung vorvertraglicher
Anzeigepflichten durch Makler gegenüber Assekuradeur

801

KG

Schadensersatzanspruch wegen der Verletzung vorvertraglicher
Aufklärungspflichten durch Werbung mit unrealistischen Renditen

805

BGH

Vereinbarte Karenzzeit kann vom Krankentagegeldversicherer regelmäßig
für jeden Versicherungsfall nur einmal in Ansatz gebracht werden

808

OLG München

Risikoausschluss in der Rechtsschutzversicherung für schuldrechtliche
Ansprüche aus Geschäftsführerdienstvertrag unabhängig von Organstellung

813

VfGH Saarbrücken

Verfassungskonformer Widerruf der Versicherungsmaklererlaubnis nach
Verurteilung wegen Betrugs

814

BGH

Rechtsschutzbedürfnis für die Geltendmachung von Abwehransprüchen
gegen die Vorlage von Lichtbildern in gerichtlichen Verfahren

817

BGH

Zurechenbarkeit der psychischen Gesundheitsverletzung eines Polizeibeamten
infolge eines Amoklaufs

829

13

Versicherungsrecht

Aufsätze

Beiträge des Karlsruher Forums 2018*Grigoleit, Prof. Dr. Hans Christoph***Unentgeltliche Verträge und Gefälligkeitsverhältnisse
– Die Perspektive des Haftungsrechts –**

769

*Bruns, Prof. Dr. Alexander***Unentgeltliche Verträge und Gefälligkeitsverhältnisse
– Die Perspektive des Versicherungsrechts –**

789

Tagungsberichte

Karlsruher Forum 2018 zur Haftung und Versicherung bei unentgeltlichen Verträgen und Gefälligkeitsverhältnissen

796

Literaturhinweise

800

Rechtsprechung

Versicherungsvertragsrecht**Sämtliche Versicherungsweige**

OLG Dresden 3. 4. 2018 (4 U 698/17)

**Arglistanfechtung durch Versicherer bei Verletzung vorvertraglicher
Anzeigepflichten durch Makler gegenüber Assekuradeur**

801

Lebensversicherung

KG 30. 1. 2018 (6 U 57/16)

**Schadensersatzanspruch wegen der Verletzung vorvertraglicher
Aufklärungspflichten durch Werbung mit unrealistischen Renditen**

805

Krankentagegeldversicherung

BGH 9. 5. 2018 (IV ZR 23/17)

**Vereinbarte Karenzzeit kann vom Versicherer regelmäßig für jeden
Versicherungsfall nur einmal in Ansatz gebracht werden**

808

Berufshaftpflichtversicherung

OLG Frankfurt/M. 27. 4. 2018 (8 W 19/18)

Voraussetzungen einer Direktklage gegen den Berufshaftpflichtversicherer
eines Rechtsanwalts

810

Kfz-Kaskoversicherung

OLG Saarbrücken 23. 8. 2017 (5 U 61/16)

Keine Erstattung von Umsatzsteuer ohne tatsächliche Ersatzbeschaffung

811

Rechtsschutzversicherung

OLG München 8. 3. 2018 (14 U 4679/16)

**Risikoausschluss für schuldrechtliche Ansprüche aus Geschäfts-
führerdienstvertrag unabhängig von Organstellung**

813

Vertriebsrecht**Versicherungsmakler**

VfGH Saarbrücken 27. 4. 2018 (Lv 11/17)

**Verfassungskonformer Widerruf der Versicherungsmaklererlaubnis
nach Verurteilung wegen Betrugs**

814

Haftungsrecht**Bauvertrag**

OLG Koblenz 1. 3. 2018 (1 U 1011/17)

Fälligkeit des Werklohnanspruchs bei Vereinbarung einer förmlichen Abnahme

816

Persönlichkeitsrecht

BGH 27. 2. 2018 (VI ZR 86/16)

**Rechtsschutzbedürfnis für die Geltendmachung von Abwehransprüchen
gegen die Vorlage von Lichtbildern in gerichtlichen Verfahren**

817



Unterlassungsanspruch

BVerfG 11. 4. 2018 (1 BvR 3080/09)

Verfassungsrechtliche Zulässigkeit eines bundesweiten Stadionverbots bei begründeter Besorgnis künftiger Störungen

821

Verkehrssicherungspflicht

OLG Saarbrücken 12. 10. 2017 (4 U 149/16)

Keine Haftung eines Schwimmbadbetreibers gegenüber stark übergewichtigen Besuchern bei Verwendung handelsüblicher Plastikstühle

826

Zurechnung

BGH 17. 4. 2018 (VI ZR 237/17)

Zurechenbarkeit der psychischen Gesundheitsverletzung eines Polizeibeamten infolge eines Amoklaufs

829

Sozialversicherungsrecht

Gesetzlicher Forderungsübergang

BGH 17. 10. 2017 (VI ZR 423/16)

Kürzung des Anspruchs gegen den Versicherer des Angehörigen bei Haftung eines Fremdschädigers und kongruenten Leistungen des SVT L
Anmerkung: *Heinz Otto Höher*

830

Transportrecht

Luftbeförderungsvertrag

BGH 12. 9. 2017 (X ZR 102/16)

Passivlegitimation für Ansprüche wegen Flugverspätung bei Einsatz eines fremden Flugzeugs im Rahmen einer „Wet-Lease“-Vereinbarung

832

Auslandsrecht (Österreich)

Privathaftpflichtversicherung

OGH 18. 10. 2017 (7 Ob 145/17 z)

Kein Haftpflichtversicherungsschutz für Schäden durch Messerattacke des psychisch erkrankten VN

834

wistra



DB-Z 274

Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht



5/2018

Herausgegeben von

Prof. Dr. Markus Jäger,
Richter am BGH

Dr. Matthias Korte,
Ministerialdirigent

Dr. Wilhelm Krekeler,
Rechtsanwalt, FA Strafrecht

Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff,
Präsident des BFH

Dr. Manfred Möhrenschlager,
Ministerialrat a.D.

Dr. Martina Müller-Ehlen,
Oberstaatsanwältin

Dr. Markus Rübenstahl, Mag. iur.,
Rechtsanwalt (WisteV)

Prof. Dr. Franz Salditt,
Rechtsanwalt, FA Strafrecht,
FA Steuerrecht

Prof. Dr. Roland Schmitz

Prof. Dr. Carsten Wegner,
Rechtsanwalt, FA Strafrecht

Dr. Martin Wulf,
Rechtsanwalt, FA Steuerrecht

Redaktion

Dr. Charlotte Schmitt-Leonardy

Prof. Dr. Roland Schmitz

- **H. Achenbach** Die Einführung einer „unternehmensgerichteten Sanktion“ und einer Ausfallhaftung im Kartellordnungswidrigkeitenrecht durch die 9. GWB-Novelle
- **K. Waltenberg** Die Möglichkeiten einer Verständigung mit Strafverfolgungsbehörden bei Bestechungsfällen in Deutschland, den USA und Großbritannien
- **M. Geis** Auslandsvermittelte Beschuldigtenstellung der juristischen Person
- **BGH** Verjährungsbeginn bei Vorenthalten von Arbeitsentgelt (mit Anm. Loose)
- **BGH** Bildung von „Schwarzbeständen“
- **BGH** Vorsteuerabzug bei Übertragung von Emissionszertifikaten (mit Anm. Pflaum)
- **BGH** Entfallen der Indizwirkung bei Steuerverkürzung in großem Ausmaß
- **HansOLG Hamburg** Unanfechtbarkeit der Art und Weise von Akteneinsichtsgewährung
- **OLG Stuttgart** Anordnung eines Vermögensarrestes





Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Professor Dr. Hans Achenbach, Universität Osnabrück

Die Einführung einer „unternehmensgerichteten Sanktion“ und einer Ausfallhaftung im Kartellordnungs-
widrigkeitenrecht durch die 9. GWB-Novelle 185

Rechtsanwältin Kerstin Waltenberg, Berlin

Die Möglichkeiten einer Verständigung mit Strafverfolgungsbehörden bei Bestechungsfällen in Deutschland,
den USA und Großbritannien 191

Rechtsanwalt (FAfStrR) Dr. Mark Geis, Frankfurt a.M.

Auslandsvermittelte Beschuldigtenstellung der juristischen Person 200

Aufsätze in Zeitschriften und Festschriften

Rechtsanwalt (FAfStrR) Dr. Alexander Schork, LL.M., Frankfurt a.M.

Insolvenzstrafrecht 204

Entscheidungen

BGH	26. 7.2017 – 1 StR 180/17	Verjährungsbeginn bei Vorenthalten von Arbeitsentgelt (mit Anm. Loose) 206
BGH	20.12.2017 – 4 StR 66/17	Betrug im besonders schweren Fall 208
BGH	27. 7.2017 – 3 StR 490/16	Bildung von „Schwarzbeständen“ 209
BGH	10.10.2017 – 1 StR 447/14	Vorsteuerabzug bei Übertragung von Emissionszertifi- katen (mit Anm. Pflaum) 214
BGH	5. 9.2017 – 1 StR 365/16	Entfallen der Indizwirkung bei Steuerverkürzung in großem Ausmaß 224
BGH	13. 9.2017 – 4 StR 88/17	Strafzumessung bei unerlaubter Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke 227
HansOLG Hamburg	8. 1.2018 – 2 Ws 229/17	Unanfechtbarkeit der Art und Weise von Akteneinsichts- gewährung 229
OLG Stuttgart	25.10.2017 – 1 Ws 163/17	Anordnung eines Vermögensarrestes 230
KG	24. 1.2018 – 22 W 25/16	Beurkundung einer Gesellschaftsgründung durch Schweizer Notar (LS) 232
OLG Stuttgart	7.11.2017 – 1 Ws 143/17	Gebührenerstattung bei Verbandsgeldbuße (LS) 232

wistra aktuell

Rechtsprechungsvorschau II
Aktuelle Rechtsprechung in Kürze III
Aktuelle Nachrichten V
Bericht aus der Gesetzgebung – Entwurf zur Stärkung des Anwesenheitsrechts von Angeklagten in der Verhandlung – IX

Erratum

Der in wistra 2018, 129 abgedruckte Beschluss 4 StR 572/16 erging am 11.10.2017 und nicht am 10.11.2017.
Wir bitten um Entschuldigung.

wohnrechtliche blätter: wobl

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN
VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z175

wohnrechtliche blätter:wobl

Heft 6 Juni 2018
(31. Jahrgang)

S. 185–216

Aufsatz

Univ.-Prof. Dr. Michael Ganner

Der neue Erwachsenenschutz im Miet- und Wohnrecht

185

Veranstaltungsberichte

RA Dr. Ingmar Etzersdorfer

Richtertagung am Tulbinger Kogel 2018

196

Univ.-Ass. Mag. Matthias Knoll/Univ.-Ass. Mag. Marco Scharmer

IWD – Die „nichtige“ Wohnungseigentumsbegründung – ein Buch mit sieben Siegeln?

199

Rechtsprechung

Nr. 67–73

• MRG

67. Begehren auf Kostenbevorschussung für in Zukunft beabsichtigte Instandsetzungsarbeiten ist kein Entschädigungsanspruch iSd § 8 Abs 3 MRG; Zurückweisung des Antrages bei Beharren auf unzulässigem außerstreitigen Rechtsweg (OGH 29. 8. 2017, 5 Ob 121/17f)

202

• WEG

68. Konkludente Umwidmung des Wohnungseigentumsobjekts (OGH 13. 2. 2018, 5 Ob 6/18w)

203

69. Keine Teilrechtskraft des nur von einem Wohnungseigentümer bekämpften Sachbeschlusses gegenüber den übrigen Wohnungseigentümern

(OGH 18. 5. 2016, 5 Ob 19/16d –

Univ.-Prof. Dr. Thomas Klicka)

204

70. Parteistellung im wohnrechtlichen Außerstreitverfahren und Wirkung von Hausanschlägen (über Sachbeschlüsse der Vorinstanzen) für Rechtsnachfolger (OGH 4. 4. 2017, 5 Ob 4/17z)

207

• ABGB

71. Ausübung eines verbücherten Wiederkaufsrechts an einer Liegenschaft bei nachrangig einverleibtem Pfandrecht

(OGH 23. 5. 2017, 5 Ob 58/17s)

208

• BTVG

72. Haftung des Bauträgers für Rückforderungsansprüche resultierend aus von Dritten ausgeführten Sonderwünschen

(OGH 7. 6. 2017, 3 Ob 67/17z)

211

• Abgabenrecht

73. Hauptwohnsitzbefreiung: Eine Wohnung eines „Zinshauses“, die vom Alleineigentümer benützt wird, fällt nicht unter den Begriff „Eigentumswohnung“

(VwGH 22. 11. 2017, Ra 2017/13/0002 –

Dr. Christian Lenneis)

214

Impressum 216

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier-TCF

Ausgewertet im Abstract Service IBZ

Chefredakteur Gerhard Hopf

Redaktion Robert Fucik, Kurt Kirchbacher, Hans Peter Lehofer

Evidenzblatt Christoph Brenn, Helge Hoch, Eckart Ratz, Ronald Rohrer,
Martina Weixelbraun-Mohr

Anmerkungen Andreas Konecny, Martin Spitzer

Juli 2018

13

577 – 624

Aktuelles

„Beraten statt Strafen“? Regierungsvorlage für VStG-Novelle ⌚ 577

Zivilverfahren praktisch

Kuratoren nach dem 2. ErwSchG Robert Fucik ⌚ 581

Beiträge

Gekürzte Ausfertigung verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen

Philipp Haas ⌚ 586

Bemerkungen zur SSt 2014 Robert Jerabek ⌚ 595

Evidenzblatt

Schlechte Netzqualität: mögliche Schadenersatzpflicht
des Mobilfunkbetreibers ⌚ 609

(Subsidiäre) Sachverständigenhaftung für falschen Energieausweis
gegenüber späteren Käufern Johannes Angyan ⌚ 612

Beitrag zu Betrügerischer Krida ⌚ 617

Kosten

Kostenseitig Josef Obermaier ⌚ 624

ÖJZ aktuell 577

Zivilverfahren praktisch

→ Kuratoren nach dem 2. ErwSchG. 581
Von Robert Fucik

Beiträge

→ Gekürzte Ausfertigung verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen 586
Eingeschränkte Rechtsmittellegitimation bei mündlicher Verkündung
 Mit der VwGVG-Novelle BGBl I 2017/24 wurde den VwG die Möglichkeit einer gekürzten Entscheidungsausfertigung eingeräumt und die Rechtsmittellegitimation im Fall der mündlichen Verkündung von einem Antrag auf Vollaufertigung der Entscheidung abhängig gemacht und damit deutlich eingeschränkt. Diese Änderungen stellen im öffentlichen Recht eine Neuheit dar und haben weitreichende Konsequenzen für den Rechtsschutz.
Von Philipp Haas

→ Bemerkungen zur SSt 2014. 595
 Der Beitrag bringt einen Überblick über den Jahrgang 2014 der amtlichen Sammlung der Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs in Strafsachen.
Von Robert Jerabek

Evidenzblatt

→ Arbeitsrecht 601
OGH 29. 11. 2017, 8 ObA 55/17 x
 85: Kein Haftungsausschluss für den beim Betrieb tätigen Dienstnehmer bei außergewöhnlicher Betriebsgefahr
Mit Anmerkung von Susanne Riedler

→ Außerstreitverfahren. 604
OGH 21. 12. 2017, 4 Ob 238/17 d
 86: Einsichtnahme in den Sachwalterschaftsakt
Mit Anmerkung von Martin Lutschounig

→ Familienrecht. 607
OGH 15. 12. 2017, 1 Ob 179/17 f
 87: Keine Änderung der Obsorge ohne Gefährdung

→ Schadenersatzrecht. 609
OGH 21. 12. 2017, 6 Ob 90/17 d
 88: Schlechte Netzqualität: mögliche Schadenersatzpflicht des Mobilfunkbetreibers

→ Schuldrecht 612
OGH 20. 12. 2017, 7 Ob 38/17 i
 89: (Subsidiäre) Sachverständigenhaftung für falschen Energieausweis gegenüber späteren Käufern
Mit Anmerkung von Johannes Angyan

→ Strafrecht 615
OGH 12. 12. 2018, 11 Os 145/17 h
 90: Objektive Bedingung erhöhter Strafbarkeit

OGH 13. 12. 2017, 15 Os 92/17 v 617
 91: Beitrag zu Betrügerischer Krida

EvBI-Leitsätze

→ Außerstreitverfahren.	620
OGH 20. 12. 2017, 10 Ob 66/17 d	
96: Keine Einsicht Dritter in Sachwalterschaftsakten	
→ Familienrecht.	620
OGH 26. 1. 2018, 8 Ob 152/17 m	
97: Nachträgliche Obsorgeänderung	
OGH 30. 1. 2018, 1 Ob 240/17 a	621
98: Aufteilungsverfahren: Verteilung der Schulden und Frist für die Ausgleichszahlung	
OGH 21. 3. 2018, 9 Ob 46/17 f	621
99: Kontaktrecht zu einem Dritten	
→ Schuldrecht	622
OGH 26. 1. 2018, 8 Ob 131/17 y	
100: Die Abbestellung des Werks	
→ Verfahrensrecht	622
OGH 27. 2. 2018, 1 Ob 187/17 g	
101: Benützung eines gemeinsamen Straßenstücks	
→ Strafprozessrecht	623
OGH 13. 2. 2018, 14 Os 117/17 p	
102: Bedingte Entlassung nicht Gegenstand von Erneuerung	
→ Strafvollzugsrecht	623
OGH 31. 1. 2018, 13 Os 144/17 a	
103: Für Strafaufschub ist Gesamtdauer entscheidend	



Kosten

→ Kostenseitig	624
Von Josef Obermaier	

Standards

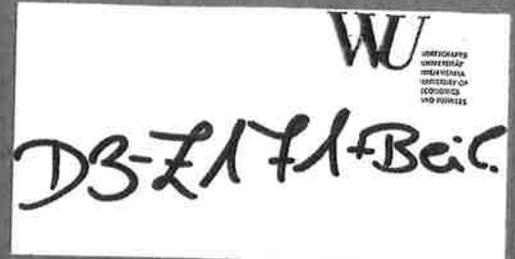
→ Impressum	580
-----------------------	-----

Die RDB. Einfach wie noch nie.
Zuverlässig wie schon immer.

rdb.at/
wo MANZ findet

NJW

Neue Juristische Woche



In Verbindung
mit dem Deutschen Anwaltverein
und der Bundesrechtsanwaltskammer
herausgegeben von
den Rechtsanwälten
Prof. Dr. Peter Bräutigam
Prof. Dr. Wolfgang Ewer
Prof. Dr. Rainer Hamm
Dr. Hilke Herchen
Dr. Ulrich Karpenstein
Dr. Nathalie Oberthür

Aus dem Inhalt

<i>B. Ulrici</i> Verjährung unterstützender Informationsansprüche	2001
<i>M. Heile</i> Fluggastrechte bei Ankunftsverspätung wegen unbegleiteten Gepäcks	2006
<i>C. Grünenwald/R. Behrentin</i> Inzidente Anerkennung ausländischer Statusentscheidungen	2010
<i>A. Schink/F. Fellenberg</i> Dieselfahrverbote zur Einhaltung der NO ₂ -Grenzwerte?	2016
<i>K. Rohwetter</i> Die Rechtsprechung des BGH zur Wiedereinsetzung	2019
<i>EuGH</i> Entschädigung wegen Flugverspätung bei Anschlussflügen außerhalb der EU (Anm. <i>P. Degott</i>)	2032
<i>BGH</i> Beförderung mit Massenverkehrsmittel – Kündigungsausschluss-Klausel (Anm. <i>J. Hoffmann-Grambow</i>)	2039
<i>BGH</i> Unwirksames Aufrechnungsverbot in Sparkassen-AGB (Anm. <i>T. B. Lüthmann</i>)	2042
<i>BGH</i> Abtretung einer Sicherungsgrundschuld	2049
<i>OLG Naumburg</i> Tierwohl als notstandsfähiges Rechtsgut (Anm. <i>D. Hotz</i>)	2064

Mit Beilage:
Versorgungsausgleich-Tabellen
III/2018



28/2018

5. Juli 2018
71. Jahrgang S. 2001–2080
www.njw.de

Aus NJW-aktuell

Interview

Wortprotokoll
gegen Fehlurteile

Standpunkt

„Betreuung raus aus
Sozialrechtsfälle“

Report

beA – bedingt
betriebsbereit



5150201828

INHALT

Aufsätze

Bernhard Ulrici

Verjährung unterstützender Informationsansprüche

2001

Zuletzt haben sich drei Zivilsenate des BGH zu verschiedenen Rechtsgebieten (Hinterlegungs-, Handelsvertreter- und Familienrecht) mit der Verjährung unterstützender Informationsansprüche befasst und dabei drei unterschiedliche Lösungsansätze vertreten. Dies fordert eine kritische Betrachtung im Interesse der Rechtseinheit.

Moritz Heile

Fluggastrechte bei Ankunftsverspätung wegen unbegleiteten Gepäcks

2006

Grund für Verspätungen im Flugverkehr ist oft ein verzögerter Abflug, weil ein eingetragener Passagier nicht erscheint und sein Gepäck wieder ausgeladen werden muss. Der Beitrag geht der Frage nach, ob in solchen Fällen die Airline Ausgleichszahlung schuldet oder ob ein haftungsausschließender „außergewöhnliche Umstand“ vorliegt.

Christoph Grünenwald/Rolf Behrentin

Inzidente Anerkennung ausländischer Statusentscheidungen

2010

Der Beitrag befasst sich mit der Bedeutung und den Auswirkungen der Anerkennung ausländischer Statusentscheidungen auf das besondere Verwaltungsrecht, insbesondere das SGB VIII. Erläutert werden die in der Praxis häufig auftretenden Fallgruppen insbesondere im Familienrecht.

Zur Rechtsprechung

Alexander Schink/Frank Fellenberg

Dieselfahrverbote zur Einhaltung der Grenzwerte für NO₂?

2016

(BVerwG, NJW 2018, 2067 und 2074)

Bericht

Kim Rohwetter

Die Rechtsprechung des BGH zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

2019

Kanzlei & Mandat

Hans-Ulrich Graba

Verwirkung von Unterhaltsrückständen

2025

Buchbesprechungen

Schmid: Fluggastrechte-Verordnung (Ernst Führich) • **Lange: Erbrecht** (Holger Siebert) •

2027

Hasselblatt: Münchener Anwaltshandbuch Gewerblicher Rechtsschutz

(Louisa Specht/Severin Müller-Riemenschneider)

NJW-aktuell

Editorial	3	Interview	12	Report	18
Späte Sühne für Kartellsünder S. Köhnen		Wortprotokoll vermeidet Fehl- entscheidungen M. v. Galen		Bedingt betriebsbereit J. Jahn/S. Reinemann	
Agenda	6	Standpunkt	15	Rubrikenmarkt	25
Meldungen/Kolumne	7	Betreuungsrecht raus aus der Sozial- rechtsfälle A. Schmidt-Recla		web.report	36
Gesetzgebung	8	Bericht aus Brüssel	16	Stellenmarkt	37
Rechtsprechung in Kürze	8	ua: Vertraulichkeit der Anwalts- korrespondenz H. Lörcher		Beck'sche Zeitschriften	46
Entscheidung der Woche	9	Recht im Unternehmen	17	Buchhinweise	48
		Im Wechselbad der Sanktionen A. Thoms/S. Spiegler		Veranstaltungshinweise	50
				Heftvorschau/Impressum	52

INHALT

Rechtsprechung

Europäische Gerichte

EGMR 19.01.17 – 5114/09
**Amtsenthebung von Richtern wegen angeblicher
Pflichtverletzung** 2029

EuGH 31.05.18 – C-537/17
**Entschädigung wegen Flugverspätung
bei Anschlussflügen außerhalb der EU**
(Anm. P. Degott) 2032

EuGH 31.05.18 – C-335/17
**Umgangsrecht der Großeltern nach der
Brüssel IIa-VO** 2034

Verfassungsgerichte

BVerfG 18.04.18 – 1 BvR 1213/16
**Pauschale Beteiligung von Verlagen an den
Einnahmen der VG Wort – Verlegeranteil** 2036

BVerfG 14.03.18 – 1 BvR 300/18
**Fehlendes Rechtsschutzinteresse für Eil-
rechtsschutz bei Unterlassen vorprozessualer
Klärung (Ls.)** 2038

Zivilgerichte

BGH 20.03.18 – X ZR 25/17
**Personenbeförderung mit Massenverkehrs-
mittel – Kündigungsausschluss-Klausel**
(Anm. J. Hoffmann-Grambow) 2039

BGH 20.03.18 – XI ZR 309/16
**Unwirksames Aufrechnungsverbot in AGB einer
Sparkasse** (Anm. T. B. Lühmann) 2042

BGH 15.12.17 – V ZR 257/16
**Erwerberhaftung für nach Eigentumswechsel
fällige Sonderumlage – Verwalterabruf** 2044

BGH 11.04.18 – XII ZB 487/17
**Berichtigungsbeschluss über Berufsmäßigkeit
der Ergänzungspflegschaft** 2047

BGH 19.04.18 – IX ZR 230/15
Abtretung einer Sicherungsgrundschuld 2049

BGH 22.02.18 – VII ZR 253/16
**Einschränkung des Verbots ne bis in idem bei
Gefahr von Folgeschäden nach 30 Jahren** 2056

OLG Rostock 01.02.18 – 3 U 94/15
**Erstreckung des Regressverzichts des Ver-
sicherers auch auf Mieter eines Ferienhauses** 2058

OLG Hamm 02.01.18 – 10 W 35/17
**Internationale Zuständigkeit im
Nachlassverfahren** 2061

Strafgerichte

BGH 09.01.18 – 1 StR 551/17
**Jugendstrafe und Kompensation überlanger
Verfahrensdauer** 2062

OLG Naumburg 22.02.18 – 2 Rv 157/17
Tierwohl als notstandsfähiges Rechtsgut
(Anm. D. Hotz) 2064

Verwaltungsgerichte

BVerwG 27.02.18 – 7 C 30/17
**Verkehrsverbot für Dieselfahrzeuge in der
Umweltzone Stuttgart** 2067

BVerwG 27.02.18 – 7 C 26/16
Beschränkte Verkehrsverbote für Dieselfahrzeuge – Luftreinhalteplan Düsseldorf 2074

Arbeitsgerichte

BAG 26.04.18 – 8 AZN 974/17
**Nebenintervenient als „Partei“ im arbeits-
rechtlichen Verfahren** 2078

Finanzgerichte

BFH 14.03.18 – III R 5/17
**Kindergeld bei unbeschränkter Steuerpflicht
nach § 1 III EStG** 2079



Mit Beilage: Versorgungsausgleich-Tabellen II/2018



AKTUELL

Zur Mitverantwortung des „Fanpage“-Betreibers für Datenschutzverletzungen von Facebook
EuGH-Urteil C-210/16 – „ULD Schleswig-Holstein/
Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein“
Isabell Lichtenstrasser

MEDIENRECHT

Das „Medienprivileg“ des § 9 Abs 1 DSGVO idF Datenschutz-DeregulierungsG 2018 – Ein erster Überblick
Peter Zöchbauer

Posting-Löschung II: Verpflichtung zur unverzüglichen Löschung rechtswidriger Postings auf Facebook

Gemeindearzt: Identitätsschutz eines Arztes – Warnfunktion der Medien

Eingabegebühr bei Durchsetzungsanträgen

PERSÖNLICHKEITSSCHUTZ

Verdacht der Parteienfinanzierung: Kreditschädigung – Zitatrecht

Neofescht: Presserat zu den Grenzen der Kritik an Politikern

URHEBERRECHT

Fotografenhonorar: urheberrechtlicher Eigentumsvorbehalt

Mundbilder: Vertragsauslegung und Revisibilität

Easy Business: Urheberrechtlicher Schutz

WERBERECHT/DATENSCHUTZ

Direktwerbung und Cookies im Spannungsfeld des TKG und der DSGVO

Ermano Geuer/Fabian Reinisch

WETTBEWERBSRECHT

Zuerst berichtet: Erstberichterstattung in der Abendausgabe

Exklusivinterview: Exklusive Berichterstattung

Übelster Kolumnisten-Schuft: Pressefehde – Retorsionskritik

RUNDFUNKRECHT

Werbevideo auf Youtube: Begriff „audiovisueller Mediendienst“

ABGABENRECHT

Der Gewinnrücktrag für Künstler und Schriftsteller im Ertragssteuerrecht

Kerstin Weber/Jürgen Reinold

medien^{UND}recht

Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
36. Jahrgang (2018) Juni Heft 3



AKTUELL	99	Isabell Lichtenstrasser Zur Mitverantwortung des „Fanpage“-Betreibers für Datenschutzverletzungen von Facebook Analyse des EuGH-Urteils C-210/16 – „ULD Schleswig-Holstein/ Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein	99
MEDIENRECHT	102	Peter Zöchbauer Das „Medienprivileg“ des § 9 Abs 1 DSGVO idF Datenschutz- Deregulierungsgesetz 2018 – Ein erster Überblick	102
		Verpflichtung zur unverzüglichen Löschung rechtswidriger Postings auf Facebook OGH 12.04.2018, 15 Os 26/18i – Posting-Löschung II (Anm. Oliver Scherbaum)	104
		Identitätsschutz eines Arztes – Warnfunktion der Medien OLG Wien 20.12.2017, 17 Bs 322/17b – Gemeindefarmerzt	107
		Eingabegebühr bei Durchsetzungsanträgen VwGH 26.04.2018, Ro 2016/16/0022	110
PERSÖNLICHKEITSSCHUTZ	111	Kreditschädigung – Zitatrecht OGH 26.04.2018, 6 Ob 50/18y – Verdacht der Parteienfinan- zierung	111
		Presserat: Bezeichnung eines Politikers als „Neofaschist“ Österr. Presserat Senat 1, 08.11.2017, 2017/253 (Anm. Alexander Warzilek)	113
URheberRECHT	116	Fotorecht – urheberrechtlicher Eigentumsvorbehalt OGH 24.01.2017, 4 Ob 207/16v – Fotografenhonorar (Anm. Michel Walter)	116
		Vertragsauslegung und Revisibilität OGH 30.05.2017, 4 Ob 88/17w – Mundbilder (Anm. Michel Walter)	119
		Urheberrechtlicher Schutz von Planspielen OGH 20.02.2018, 4 Ob 21/18v – Easy Business (Anm. Michel Walter)	120
WERBERECHT/DATENSCHUTZ	123	Ermanno Geuer/Fabian Reinisch Direktwerbung und Cookies im Spannungsfeld des TKG und der DSGVO	123
WETTBEWERBSRECHT	135	Erstberichterstattung in der Abendausgabe OGH 23.01.2018, 4 Ob 198/17x – Zuerst berichtet	135
		Exklusive Berichterstattung OGH 20.02.2018, 4 Ob 206/17y – Exklusivinterview	137
		Pressefehde – Retorsionskritik OGH 19.04.2018, 4 Ob 74/18p – Übelster Kolumnisten-Schuft	138

Fortsetzung umseitig

RUNDFUNKRECHT	139	Begriff „audiovisueller Mediendienst“ – Werbevideos auf Youtube EuGH 21.02.2018, C-132/17, Peugeot Deutschland GmbH/ Deutsche Umwelthilfe e.V. (Anm. Michael Kogler)	139
ABGABENRECHT	144	Kerstin Weber/Jürgen Reinold Der Gewinnrücktrag für Künstler und Schriftsteller im Ertragssteuerrecht – Ein Überblick	144
TAGUNGSBERICHT	147	12. Österreichischer IT-Rechtstag – Bericht von <i>Stefan Knotzer</i>	147
		Impressum	3. Umschlagseite

Wie wir mit personenbezogenen Daten umgehen

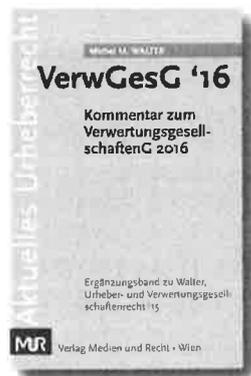
Wenn Sie näher wissen wollen, wie wir im Verlag mit den personenbezogenen Daten umgehen, die wir im Zuge von Bestellungen von Büchern und Zeitschriften, über unseren Webshop oder über andere Wege erhalten, wie wir die Abo-Daten verwalten und mit Werbeadressen umgehen, laden wir Sie ein, sich unsere **Datenschutzerklärung** anzusehen, die auf der Website www.medien-recht.com unter der Rubrik „Der Verlag“ abrufbar ist.

Dort finden Sie Informationen zu den Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung in unserem Verlag, zur Datenerhebung und -nutzung von Kundendaten im Zuge von Bestellungen/Lieferun-

gen und zur Bewerbung unserer Produkte, für Zwecke der Autorenverwaltung, für die redaktionelle Arbeit und zu den Betroffenenrechten.

Es ist dort auch ein Formular, das bei der Ausübung der Betroffenenrechte dienlich ist, abrufbar. Wir stehen für nähere Auskünfte gerne zur Verfügung:

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist die MEDIEN und RECHT Verlags GmbH, 1040 Wien, Danhausergasse 6/25, Ansprechpartner: Dr. Heinz Wittmann (Geschäftsführer). Kontaktnahme brieflich, durch Mail verlag@medien-recht.com oder Tel. 01 /505 27 66.



VerwGesG '16 – Kommentar zum VerwertungsgesellschaftenG 2016

von Hon.-Prof. RA Dr. Michel M. Walter

Mit dem Verwertungsgesellschaftengesetz 2016 wurde die Richtlinie 2014/26/EU in das österr. Recht umgesetzt. Als hervorragender Kenner der Materie erläutert Prof. Walter die Richtlinie und zeigt die Probleme und praktischen Auswirkungen der Umsetzung im neuen Gesetz auf. Dies betrifft die Monopolstellung der Verwertungsgesellschaften (VG), die unverändert beibehalten wurde, die Betriebsgenehmigungen, die neuen Regeln über Mitgliedschaft und Organisation der VG sowie deren Rechte und Pflichten gegenüber Rechteinhabern, Bezugsberechtigten sowie Nutzern aufgrund der Richtlinienvorgaben.

Weitere Punkte sind der Ausbau der Transparenz- und Berichtspflichten der VG, Vorschriften für die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für Online-Rechte an Musikwerken sowie die Erweiterung der Aufgaben der Aufsicht über Verwertungsgesellschaften.

Medien und Recht
Verlag. Wien 2017. 720
Seiten.
ISBN: 978-3-900741-72-3
Preis: 86,- EUR (incl.)

[http://shop.medien-recht.ws/
shopdetails.php?id=3325](http://shop.medien-recht.ws/shopdetails.php?id=3325)

medienND r

Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-788/Beil.

Beilage
zu 3/18



50. Arbeitskreis Urheberrecht in Wien

16. – 17. März 2018

„Die öffentliche Wiedergabe
im Spannungsfeld von europäischem und
nationalem Urheberrecht“

Inhalt

Der 50. Arbeitskreis Urheberrecht in Wien (16. – 17. März 2018)	3
<i>Georg Kathrein</i> Grüßworte des Bundesministeriums für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz	5
<i>Gábor Faludi</i> Communication to the Public in EU Copyright Law	7
<i>Jiří Malenovský</i> Quelques observations sur les demandes préjudicielles en matière de droit d'auteur en provenance d'Autriche	11
Einige Anmerkungen zu den Vorlagefragen im Bereich des Urheberrechts, die aus Österreich stammen (Übersetzung)	14
<i>Karl Riesenhuber</i> „Öffentliche Wiedergabe“ in der Rechtsprechung des EuGH – Analyse und kritische Rekonstruktion	19
<i>Clemens Appl</i> Digitalisierung, Vernetzung und das Recht der öffentlichen Wiedergabe im Schlaglicht der <i>Plattform Economy</i>	37
<i>Paul Fischer</i> Aktuelle Fragen im Sende- und Weiterleitungsrecht	47
Fotonachweis: alle Fotos, ausgenommen zwei auf Seite 36, stammen von Eva Kelety (Fotos©Eva Kelety)	